

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Wochenausgabe und...

Die schneefeldene Kompartiments- oder deren Raum kostet 16.— Mk....

Verlagsprecher Zentrum 153 30—153 39

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Deutschlands Finanzpolitik nach Genua

Von Artur Crispian

Die Konferenz von Genua brachte es auf dem Gebiet der Finanzfragen, wie Keynes festgestellt hat, nur zur Formulierung allgemeiner Grundzüge abstrakter Natur.

Deutschland gehört zu den Ländern, deren Handelsbilanz unglücklich ist. Bei der Verrechnung der Ein- und Ausfuhr Deutschlands ergibt sich ein Defizit.

Da Deutschland weder genug Gold besitzt, um seine Bilanz ins Gleichgewicht zu bringen, noch seine Reparationszahlungen zu leisten, so muß es sich eben zunächst einen Reichtum in Form von Waren schaffen.

Um Zeit für die Steigerung der Produktion zu gewinnen, braucht Deutschland einen finanziellen Waffenstillstand, eine internationale Anleihe.

Das Gleichgewicht im Haushalt des Deutschen Reiches. Keine Ausgabe ohne Deckung. Wie soll das erreicht werden?

Hundert Millionen für die Hohenzollern

Ein Geschenk der preussischen Republik

Ueber die Hohenzollernansprüche an Preußen liegen dieser Regierung seit geraumer Zeit zwei Rechtsgutachten vor, die zu abweichenden Ergebnissen kommen.

Wie wir aber in Erfahrung gebracht haben, hat der deutschvolksparteiliche Finanzminister Richter das Schädlingische Gutachten von vornherein aus dem Kreis der Erwägungen ausgeschaltet.

Am hartnäckigsten arbeitet die Deutsche Volkspartei auf eine solche Regelung hin. Das ist nicht zufällig, sondern entsprängt einem lange vorbereiteten Plan.

Wie wir weiter hören, hat die von dem Finanzminister Richter geplante hinterhältige Regelung der Hohenzollern-Abschaffung auch im Finanzministerium selbst Rückwirkungen gezeigt.

Hauptfrage die Zahlungen für ihre eigenen Lieferungen. Diese Finanzpolitik ist der Helfferichschen Kriegsfinanzenpolitik verdammt ähnlich.

Unter Vereinfachung und Verbilligung der Reichsverwaltung verstehen die Regierung und Regierungsparteien Entlassungen von Arbeitern, Angestellten und Beamten.

Unter „Entpolitisierung“ der Reichsbetriebe verstehen die Großindustriellen und Finanzkapitalisten die völlige Auslieferung von Eisenbahn und Post an das Privatkapital.

Ausreichende Heranziehung des Bestehenden ist weiter nach wie vor die Forderung des Tages. Zwangsanleihe und freiwillige Anleihen sind keine Opfer der Bestehenden.

Diese Entzweiung ist vollkommen begründet, denn in der Tat laufen die Absichten des preussischen Finanzministeriums auf einen ganz ungeheuerlichen Volksbeitrag hinaus.

Die Frage drängt sich vor: wie stellen sich die Reichssozialisten zu diesen Plänen ihres Koalitionsgenösslichen Finanzministers?

steuer vom Grundbesitz und eine Korporationsteuer mit fünf Prozent vom Gewinn. Die Einkommensteuer liegt auf einzelnen und juristischen Personen und auf Erwerbsgesellschaften.

Die internationale Anleihe allein tut es nicht. Ebenföwenig wie innere Anleihen. Auch neue Steuern können dem Uebel nicht steuern.

Frankreich hatte während seines Krieges von 1870 bis 1871 zu seinem Glück keinen Helfferich als Finanzminister. Nach dem verlorenen Krieg mußte Frankreich fünf Milliarden Kriegsschuldigung zahlen.

und Bücher sind statt eines „patriotischen Opfermuts“ in Deutschland nach dem verlorenen Krieg Veräuflichungsgebiete der Besitzenden.

Weitere Verhandlungen und Konferenzen sollen sich nach Genä mit den internationalen Fragen der Währung beschäftigen. Vor allem auch mit den Fragen internationaler Anleihen. Im Haag wird im Juni eine Extrakonferenz „das russische Problem prüfen“. In dem „russischen Problem“ werden wir ebenfalls noch öfter Stellung zu nehmen haben.

In Deutschland machen sich immer mehr Stimmen aus den Kreisen seiner Industrie und Finanz bemerkbar, die zuerst eine internationale Anleihe für Deutschland fordern, um die Finanzen Deutschlands in Ordnung zu bringen. Alles andere, Stabilisierung der Mark und Gleichgewicht im Haushalt des Reiches, werde sich dann „beinahe zwangsläufig“ ergeben. Demgegenüber muß hervorgehoben werden, daß die Frage der Anleihen nicht die primäre Frage ist, sondern daß zu gleicher Zeit mit nicht geringerer Energie auch die Reform der inneren Finanzwirtschaft betrieben werden muß. Und zwar nach den oben dargelegten Grundrissen. Ja, man kann sogar behaupten, daß die innere Finanzreform allem voranzugehen hat, wenn schon klassifiziert werden soll.

Der stinnesierte Legien

In Wilhelmshaven ist am Sonnabend ein neuer Stinnesdampfer vom Stapel gelassen worden. Der Dampfer wurde „Carl Legien“ getauft, nach dem früheren Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften, nachdem früher andere Stinnesdampfer auf den Namen „Hindenburg“ und „Ludendorff“ getauft worden waren. Bei dem Stapellauf waren der Reichspräsident Ebert, der preussische Ministerpräsident Otto Braun, der Oberpräsident Noske und natürlich auch Herr Hugo Stinnes zugegen. Bemerkenswert ist ein Passus in der Rede, die Geheimrat Fischer, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Reichsvorbandes der deutschen Industrie, bei dieser Gelegenheit hielt. Er sagte, daß der Name des Schiffes ein Denkmal dafür sei, daß, als das deutsche Volk führerlos und in Verwirrung vor dem Abgrund des Chaos stand, Vertreter der Gewerkschaften und der Industrie sich für den Gedanken eingesetzt haben, daß nur die Gemeinschaftsarbeit aller wertvollen Kräfte das deutsche Volk vor dem drohenden Untergang bewahren könnte.

Und noch deutlicher wurde Hugo Stinnes, der als deutscher Großkapitalist dem Gewerkschaftsführer Carl Legien das folgende Lob spendete:

Als im Herbst 1918 der Krieg den unglücklichen Ausgang nahm, als das staatliche Gedebnis in die Grundfesten erschüttert war, als die Demobilisierung, deren Schwierigkeiten damals nur wenige in ihrer vollen Tragweite übersehen, Deutschland in ein Chaos zu stürzen drohte, damals ist Carl Legien einer der Vorkämpfer Deutschlands geworden.

Er gab den Ausschlag, als die Zentralarbeitsgemeinschaft paritätisch durchgeführt werden konnte.

Meine Herren, das war eine Großtat an weiser Selbstbeschränkung im Dienst des gemeinsamen Vaterlandes. Demals drohte die Gefahr des völligen Chaos, die Gefahr, daß das dichtbevölkerte und blutige Deutschland in dieselben despotischen Zustände geriet wie Rußland, Zustände, die einen noch ungleich einschüchternden Ausgang nehmen mußten wie in dem Agrarland Rußland.

Wir stehen m. E. wieder vor einer sehr schweren Zeit. Möchte diese und jede zukünftige schwere Zeit wieder Männer wie Carl Legien finden, denen am letzten Ende der Wille zur Tat nicht fehlt und denen bei ihren Handlungen das Wohl des ganzen Volkes anschlagnend ist.

Möge die Arbeitsgemeinschaft wie in 1918-19 stolz in großer Zeit Großes vollbringen. Sie ist entzückt als Helfer in der Not und wird auch in der Not wieder ihre große Zeit haben.

Gegen die rechtssozialistische Demagogie

Wenn immer die Rechtssozialisten durch ihre Politik zu Schwierigkeiten geraten, ein Zustand, der bei ihnen zu einem chronischen geworden ist, suchen sie nach dem bekannten Wort: „Haltet den Dieb“ andere für die eigene Schuld verantwortlich zu machen. Daß sie mit ihrer Koalitionspolitik bankrott machten und nur zur Stärkung des Kapitalismus beitrugen, ist ihnen schon oft genug von eigenen Parteigenossen behauptet worden. Nichtsdestoweniger fahren sie fort, den bösen „Abhängigen“ für ihre eigene arbeiterfeindliche Koalitionspolitik die Verantwortung zuzuschreiben und sie zu beschuldern, diese gleiche Politik einzuschlagen.

In derselben Weise verfahren die Rechtssozialisten bei der von ihnen befolgten Kommunalpolitik im Berliner Rathaus. Sie wissen, daß ihre Haltung zwar die Billigung der Bürgerlichen Kreise findet, bei den Arbeitern aber auf Ablehnung stößt. Um aber trotzdem bei ihren Anhängern wenigstens den Anschein der Richtigkeit ihres Verhaltens zu erwecken, verfallen sie auf die auch bei der Koalitionspolitik im Reich und in Preußen geübte Methode: nicht die Bürgerlichen und wir Rechtssozialisten sind dafür verantwortlich, daß die häßliche Arbeiterchaft Berlins schlecht fährt, und daß die Stadtgemeinde in tausend Nöten ist, sondern nur die Unabhängigen.

In diesem Sinne sprach der rechtssozialistische Stadtverordnete Helmman am Dienstagabend in einer Groß-Berliner Dankkonferenzsammlung seiner Partei. Und um diese Sorte „Beweisführung“ noch „beweiskräftiger“ zu machen, sprach er von der „Agitation gewissenloser Agitatoren“, bezeichnete die Politik der Unabhängigen als „noch unchristlicher als die der Kommunisten“, sagte wider besseres Wissen, daß ein Teil der Unabhängigen den Sitzungssaal verlassen, um der „finen“ Politik der Rechtssozialisten zur Annahme zu verhelfen und dergleichen mehr. Sachlich weiß Heimann nichts gegen unsere Fraktion anzuführen, leidet aber um so Erlicklicheres im Schimpfen, besonders gegen unseren Genossen Weyl.

Sie muß es um die Politik einer Partei bestellt sein, wenn selbst ein als „vornehm“ bezeichneter Führer wie Heimann die eigene Partei nicht anders zu verteidigen weiß, als durch solche Schimpferien? Ja, nicht einmal der „Vorwärts“ konnte es Heimann nach dessen Rede recht machen, denn er schimpft zu wenig auf die Unabhängigen. Dielem Mangel kann der „Vorwärts“ leicht abhelfen. Wir gewähren ihm Schimpffreiheit.

Noch 200 Arbeiter in Haft

Die „Rote Fahne“ hat auf Grund eines Briefes der Dichtenburg politischer Gefangenen, der auch und zugegangen war, aber aus Raumangel nicht veröffentlicht werden konnte, die von dem Reichsjustizminister bekanntgegebenen Zahlen über die politischen Gefangenen angegriffen. Eine Zuschrift einer „zuständigen Stelle“ an die Presse besagt, daß die Angaben der „Roten Fahne“, wonach die Zahl der politischen Gefangenen 2000 beträgt, falsch sind. Bereits am 20. März 1922 habe die Gesamtzahl der politischen Gefangenen nur 791 betragen und seitdem habe sie sich um weitere Hundert vermindert, so daß nur noch etwa 200 in Haft sich befinden.

Soweit die „zuständige Stelle“, aber selbst wenn nur noch 200 politische Gefangene in Haft sind, so bildet diese Zahl keine Rechtfertigung für den Reichspräsidenten oder den Reichsjustizminister, sondern eine schwere Anklage gegen sie. Bei den 200 handelt es sich ausnahmslos um Arbeiter. Wie viele oder wie wenige der Kappisten und monarchistischen Mordanschlägen sitzen in Haft? Warum veröffentlicht Herr Noske diese Ziffern nicht?

Endloser Lebensmittelwucher

Seit Jahr und Tag wird von den Interessenten des Lebensmittelwuchers die Zwangswirtschaft für alle Räte auf dem Lebensmittelmarkt verantwortlich gemacht. Der derzeitige Reichsminister für Ernährung, Dr. Hermes, erwidert sich gegenüber den Bestrebungen auf Herstellung der freien Wirtschaft höchst mißfällig. Die Zwangswirtschaft wurde aufgehoben. Die Folge war eine unerhörte Preissteigerung, die es jetzt soweit gebracht hat, daß, obwohl für Inlandzucker höhere Preise gezahlt werden, als trotz der schwachen deutschen Salva der Auslandszucker kostet, für den Haushalt Zucker nur in höchst geringen Quantitäten oder überhaupt nicht zu haben ist. Die Zuckernachfrage ist mit größter Verdrüßlichkeit häufigst gestiegen worden. Was nicht von der Schokoladen- und Süßwarenindustrie zu den unverzichtbarsten Preisen aufgeföhrt wurde, wurde verdrückt. Selbst Großfirmen konnten vielfach nur Zucker erhalten, wenn sie gleichzeitig andere Waren mit in Kauf nahmen. Die Großfirmen zwangen die Kleinhandlöhler ebenfalls, zugleich mit dem Zucker andere Waren zu entnehmen und schließlich konnten auch die Verbraucher selbst sich ohne gleichzeitige Entnahme anderer Waren nicht einmal ein Pfund Zucker erhalten.

Das Reichsernährungsministerium stellt jetzt keine andere Möglichkeit, dem Zuckerwucher eine Grenze zu setzen, als in der Freigabe der Einfuhr. Es sind große Mengen Zucker von Elementen, die über die größte Routine in der Ausplünderung der Verbraucher verfügen, für 4,50 M. das Pfund angekauft und solange festgehalten worden, bis er wieder für 16 M., also mit 300 Prozent Wucherer Gewinn an den Markt gebracht werden konnte. Bei Freigabe der Zuckereinfuhr wird schnell sowohl aus Amerika wie aus der Tschechoslowakei Zucker in größeren Mengen zur Verfügung stehen. Nach sachverständiger Schätzung wird der Preis für Auslandszucker unter 20 M. bleiben, während jetzt für Inlandzucker schon vielfach weit höhere Preise gezahlt werden müssen. Dabei geht die Preissteigerung unangesehrt weiter. Die Folgen der Aufhebung der Zuckerbewirtschaftung sind ein Schandspiel dafür, wozu die Aufhebung der Zwangswirtschaft führt. Die nimmermatten Lebensmittelwucherer begnügen sich nicht einmal damit, die im Anlande billig erzeugten Waren zu den für die unerschwinglichen Weltmarktpreisen an den Markt zu bringen. Sie benutzen die Einfuhrverbote dazu, die Preise in der schamlosesten Weise weit darüber hinauszutreiben.

Wie beim Zucker, so auch bei den Kartoffeln. Lange Zeit hindurch wußte für ein Pfund Kartoffeln ein Preis gezahlt werden, für den man im Frieden zwei Semester erhalten konnte. Während der Weltmarktpreis, wenn man den gegenwärtigen Dollarstand zugrunde legt, etwa den 10fachen Friedenspreis ausmachen würde, ist es den Kartoffelwuchern gelungen, ihn auf den 10fachen Friedenspreis hinauszutreiben. Noch gegenwärtig steht er fast hundertfünfundzwanzigmal so hoch als der Friedenspreis, doppelt so hoch, als der Weltmarktpreis nach dem Dollarkurs.

Die Unabhängigen Sozialdemokratie hat, als die Zwangsbewirtschaftung „erlösch“ war, in Presse und Parlament auch für die Kartoffel das Umlageverfahren verlangt. Aber den entscheidenden Ausschlag war die „freie Wirtschaft“ belliger als die Ernährung der Bevölkerung. So konnte es kommen, wie es gekommen ist. So war der Weg frei zur schwersten Ausplünderung der Verbraucher.

Neuerdings ist man eifrig am Werke, auch für das Brotgetreide absolute Wucherfreiheit zu erlangen. Die agrarischen Kreise haben bereits angekündigt, daß sie sich der Aufrechterhaltung des Umlageverfahrens mit allen Mitteln widersetzen werden. Sie glauben, die Macht zu haben, auch den Brotwucher in derselben Weise betreiben zu können, wie den Kartoffelwucher. Der Reichsregierung scheinen aber doch Bedenken gekommen zu sein. Sie hat einen Gesetzentwurf eingebracht, der das Umlageverfahren fordert. Darüber wurde am Sonnabend im Reichstag verhandelt. Das im vorigen Jahre geschaffene Umlageverfahren war durchaus unzureichend. Zudem haben die agrarischen Kreise offen angekündigt, daß sie sich einer erneuten Umlage nicht unterwerfen werden. Die Aufhebung der Umlage wäre aber eine Verdoppelung der Brotpreise. Es müssen aber auch Vorkehrungen getroffen werden, etwaige Preissteigerungen ummöglich zu machen. Das deutsche Volk hat zur Genüge erfahren, wozu es von seiner Seite gewärtig sein muß. Man soll sich aber nicht der trügerischen Hoffnung hingeben, daß die Geduld der unter schwersten Ernährungsnot leidenden Bevölkerung ohne Grenze ist.

Blanker Schwindel!

Genosse Paul Lepi sandte uns folgende Erklärung: „Ich werde darauf aufmerksam gemacht, daß Anton Fischer, weiland Kommandant von Berlin oder in ähnlicher Stellung, auf Seite 18 seiner Schrift, die ich, um Neugierde zu schüren, nicht mit dem Titel nennen will, behauptet: „Lieblincht konnte seinen Trabanten nach den eigenen Preisangaben Dr. Red's pro Tag 20 Mark zahlen.“ Dine zu glauben, daß das für viele nötig ist, möchte ich feststellen, daß ich über solche eine idiotische Annahme nie von einem Bericht gefragt worden bin noch eine Auslage gemacht habe. Es wird nicht nötig sein, ausdrücklich zu versichern, daß der Spartakusbund nicht einen einzigen „Spartakisten“ angestellt oder bezahlt hat.“

Ein deutscher Garantievorschlag

In Kreisen, die der Reparationskommission nahe stehen, glaubt man, daß die Beratungen mit dem Minister Hermes noch in diesen Tagen eine neue Wendung nehmen werden, und zwar insofern, als Dr. Hermes noch über einige Vorschläge verfügt, die er bisher der Reparationskommission nicht unterbreitet hat. Man nimmt an, daß Hermes diese Vorschläge in den nächsten Tagen der Reparationskommission

vorlegen wird und daß sie eine Grundlage zu ausführlichen Verhandlungen mit der Reparationskommission bilden werden. In den so erwarteten Vorschlägen befindet sich nach Ansicht unserer Gewährleute auch ein präziser Vorschlag über ausreichende Garantien für die Begebung einer internationalen Anleihe, bei denen die deutsche Industrie eine hervorragende Rolle spielen soll.

Ein Disziplinbruch Tschischerins

Unlängst lesen wir in dem kommunistischen Parteiorgan „Düsseldorfer“ eine scharfe Polemik gegen die sozialistische Rundschau „Der Firm“. Die Kommunisten machten der „Firm“-Redaktion ziemlich unbehaglich den Vorwurf, daß sie sich aus kapitalistischen Gesellen spöllen lasse: „Die treudeutsche Politik, die er betreibt, wird schon ihre Geldgeber finden.“ Es sei daher auch nicht verwunderlich, daß man im „Firm“ „Spuren von Sozialismus“ bemerke usw. — Nun muß der RPD, das Ungeheiß passieren, daß zu den Mitarbeitern des „Firm“ einer ihrer bekanntesten internationalen Führer gehört. Es ist nämlich — Georg Tschischerin, der im neuesten Heft 16 der Zeitschrift einen Artikel bringt: „Was wir in Genä wollen!“ Es wird nun den Kommunisten weiter nichts übrig bleiben, als entweder anzuerkennen, daß doch „Spuren von Sozialismus“ im „Firm“ zu finden sind, oder Tschischerin aus der „Kommunistischen Internationalen“ auszuschließen. Denn bekanntlich ist Kommunisten jede Mitarbeit in anderen als Parteiorganen bei Strafe des Ausschlusses verboten.

Frankreich und die Sanktionspolitik

Der Abgeordnete Rloh, ehemaliger Finanzminister im Ministerium Clemenceau und einer der Unterhändler bei den Friedensverhandlungen in Paris, hat an Ministerpräsident Poincaré einen Brief geschrieben, in dem er ihn auf die Erklärungen, die Chamberlain im Unterhause abgegeben hat, aufmerksam macht. Er sei der Ansicht, daß es sich nicht mehr um ein Rührverhältnis handle, das beseitigt werden müsse. Der Ministerpräsident richtete darauf an den Abgeordneten Rloh ein Schreiben, in dem er u. a. sagt: „Ich habe die Ehre, Ihnen zur Kenntnis zu bringen, daß die französische Regierung niemals an irgend welche Rechte, die sie aus dem Friedensvertrag herleitet, verzichtet hat. Es hat sicher keinen Augenblick in der Ansicht der englischen Regierung gelegen, von uns einen derartigen Verzicht zu verlangen, ebenso wenig, wie es der französischen Regierung möglich gewesen wäre, ihn anzuzusprechen. Es ist wahr, daß im April 1922 nach der Besetzung von Frankfurt und anderen deutschen Städten, ein Meinungsaustrausch zwischen Kabinetten von Paris und London stattgefunden hat. Die französische und die englische Regierung haben gemeinsam das hervorragende Interesse anerkannt, das in der Einigkeit zwischen den Kabinetten und der Gemeinsamkeit der Handlungen bei interalliierten Fragen, vor allem bei der Ausführung des Versailler Friedensvertrages, liegt. In jener Zeit handelte es sich um eine Maßnahme, die Frankreich im allgemeinen Interesse auf Grund des Völkerbundesrechts allein durchgeführt hat und die nicht ausdrücklich im Vertrage vorgesehen war. Wenn aber die Reparationskommission am 31. Mai eine beschlossene Verlesung Deutschlands feststellt und wenn gemäß § 17 Anhang 2 zum Abschnitt 5 des Versailler Vertrages die interalliierte Regierung damit beauftragt würde, könnte sie allein aus dem Wortlaut des § 18 das Recht herleiten, die entsprechenden notwendigen Sanktionen zu ergreifen. Die Regierung hat die Absicht, sich mit ihren Alliierten ins Benehmen zu setzen, und sie wird alles tun, was von ihnen abhängt, um ihre Mitwirkung bei einer Handlung zu erzielen, die die Haltung Deutschlands notwendig machen könnte.“

Abermaliger Abbruch der Verhandlungen im englischen Metallarbeiterstreik

Die erneuten Versuche, in der Aussperrung der Arbeiter der Metallindustrie zu einer Einigung zu gelangen, mußten gestern wieder am ergebnislos abgebrochen werden, da nach einer Erklärung des Vorstandes der Gewerkschaft der Metallarbeiter, die von den Unternehmern neu unterbreiteten Vorschläge die bereits von den Arbeitern zurückgewiesenen Vorschläge enthielten und so neue Behauptungen unumöglich machten. Die Vertreter der 47 Verbände der Metallarbeiter haben jedoch eine Verlesung der Antwort auf die Vorschläge der Unternehmer verlangt, damit ihre Exekutiven dazu Stellung nehmen können. Der Vorstand der Gewerkschaft der Metallarbeiter hält zurzeit in Portsmouth eine Sitzung ab. In London werden die Vertreter des Bundesverbandes der Gemeindegewerkschaften zusammengetreten, um gleichfalls wichtige Lohnfragen zu erörtern. Ueberhaupt steht die gegenwärtig durch die Aussperrungen geschaffene Lage auf der Tagesordnung vieler Arbeiterkonferenzen.

Allianz Tschechien-Südslawien-Rumänien

„Petit Parisien“ glaubt zu wissen, daß der tschechoslowakische Ministerpräsident Beneß mit dem jugoslawischen Minister des Äußeren eine Allianz abgeschlossen habe, wodurch die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien für die Dauer von 20 Jahren verbunden werden.

Das Sterben der Sowjet-Presse

(D. A.) Moskau, 20. Mai
Von mehr als 1000 Sowjetblättern, die im Herbst 1921 in Rußland erschienen sind, bestanden nach einer amtlichen Feststellung am 1. Januar 1922 noch 808, am 1. März noch 682, am 1. April noch 662 und am 1. Mai nur noch 638. Der Grund dieses Einnehmens zahlreicher Sowjetblätter ist der, daß die Sowjetregierung die Zuschüsse nicht mehr bezahlen kann. Die Sowjetregierung hat jedoch erklärt, daß sie alles daran setzen wird, wenigstens 283 Zeitungen, darunter 74 Provinzialblätter, auf jeden Fall zu erhalten.

Aufstand in Georgien

(D. A.) Konstantinopel, 20. Mai
Nach Mitteilungen aus Batum ist in ganz Georgien ein Aufstand ausgebrochen. Die schwersten Kämpfe haben sich in der Stadt Batum entwickelt. Es sind zahlreiche Tote und bedeutender Sachschaden zu verzeichnen.

Konservativer Wahlsieg in London

(D. A.) London, 20. Mai
In der letzten Erwahlung in London wurde der offizielle Kandidat der konservativen Partei Grenfell mit 10 114 Stimmen gegen den unabhängigen konservativen Bonater, der 6178 Stimmen erhielt, gewählt.

Groeners Maßregelungs-Nehe

Groener hat einen Gefallen, der Geheimrat ist und Nehe heißt. Dieser Nehe bearbeitet die Disziplinarverfahren im Reichsverkehrsministerium, die aus Anlaß des Eisenbahnbeamtenstreiks eingeleitet worden sind. Zweifellos ist Nehe der rechte Mann dafür.

Als beim Kapp-Putsch die Mehrzahl der höheren Beamten der Eisenbahnverwaltung sich im Gegensatz zu dem über großen Teil der mittleren und unteren Beamten sofort den Hochverrätern Kapp und Lüttich zur Verfügung stellen, erwies nach Niedererschlagung des Putschers der damalige Minister Döfer einen Erlass, in dem er unter Hinzuziehung der Gewerkschaftsvertreter einen Untersuchungsausschuss zum Zwecke der Klärung dieser Angelegenheit einsetzte. Der spätere Reichsverkehrsminister Bell sowohl wie auch der jetzige Minister Groener schlossen sich diesem Vorgehen ausdrücklich an. Außer den Gewerkschaftsvertretern wurde in diesen Untersuchungsausschuss auch ein Vertreter des Herrn Reichsverkehrsministers delegiert, und zwar — Herr Geheimrat Regierungsrat Nehe. Die Gewerkschaftsvertreter haben seinerzeit bald Veranlassung nehmen müssen, sich die Frage vorzulegen, ob Herr Nehe bei der Untersuchung dieser Kappverbrechen objektiv vorgeht oder ob er nicht etwa selbst mit den Kappisten sympathisiert. Es kam soweit, daß die Gewerkschaftsvertreter auf Grund verschiedener Vorgänge dem Herrn Nehe gegenüber ihr äußerstes Mißtrauen zum Ausdruck brachten, und zwar deshalb, weil an allen Orten, an die im Laufe der Angelegenheit der Untersuchungsausschuss hinfam, die höheren Beamten mehr und mehr dazu übergingen, dem Ausschuss zu erklären, daß sie ihn für geschwätzig hielten und ihm demzufolge Erklärungen irgendwelcher Art abzugeben nicht verpflichtet seien; wohingegen, dem Ausschuss gegenüber, den drei Ministern eingeschickt bzw. in ihrem Amt betätigt hatten. Der Untersuchungsausschuss war sich sehr bald klar darüber, daß hinter den Kulissen darauf hingearbeitet wurde, den Ausschuss in seiner Arbeit lahmzulegen und unsicher zu machen, um so mehr, als bei der Art dieser Betätigung sich bei den Gewerkschaftsvertretern mehr und mehr die Ueberzeugung durchsetzte, daß die an mehreren Stellen höheren Beamten durch Herrn Nehe gestellten Fragen so formuliert waren, daß der Ausschuss stets das Gegenteil von dem, zur Antwort erhielt, was er von dem Betreffenden hören wollte.

Auch die Art der Berichterstattung seitens des Herrn Nehe an den vorgelegten Minister war offenbar kappistenfreundlich. So hat z. B. in einer Sitzung vom 2. 12. 1920 der Ausschuss gegen die Stimme des Vorsitzenden, des Herrn Nehe, beschlossen, dem Minister vorzuschlagen, gegen den Betriebsingenieur Hendemann in Stargard das Disziplinarverfahren einzuleiten, da durch die Untersuchung festgestellt sei, daß er sich ungewisshaltig der Unterstützung der Kappregierung schuldig gemacht habe. Auf Antrag des Herrn Nehe hat dagegen Minister Groener entschieden, daß durch die örtlichen Erhebungen des Untersuchungsausschusses die Beschuldigungen gegen den betreffenden Ingenieur Hendemann sich als haltlos erweisen läßt. „Dah du die Nehe ins Gesicht schmeißt.“ Der Regierungs- und Bauerrat Müller in Stargard hat sich nachweislich an der Spitze illegaler Organisationsarbeit des Kapp-Putschs beteiligt, trotzdem der Minister Döfer telegraphisch verfügt hatte, daß der Eisenbahnbetrieb mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten sei. Minister Groener und sein Geheimrat Nehe haben jedes Verfahren des Ministeriums gegen Regierungs- und Bauerrat Müller eingestellt. Die Gewerkschaften haben dagegen schon mit Schreiben vom 25. 8. 1920 dem Reichsverkehrsminister Groener davon Kenntnis gegeben, daß sie sich mit dieser einseitigen Behandlung der Angelegenheit, die einer Unterdrückung der Kappgesellen gleichkäme, nicht einverstanden erklären können und demzufolge Gelegenheit nehmen würden, der Öffentlichkeit gebührend Kenntnis zu geben. Das ist geschehen durch einen Artikel der „Freiheit“ vom September 1920.

Dem Ausschuss wurde es vollkommen klar, daß bei dieser Erledigung der ganzen Angelegenheit ein sehr genau informiertes Mitglied des Verkehrsministeriums seine Hand im Spiele haben müsse und dafür nur Geheimrat Nehe in Frage kommen könne. Der Ausschuss teilte am 8. 7. 1920 dem Herrn Groener mit, daß er zu dem Reichskommissar Nehe wegen seiner sonderbaren Haltung kein Vertrauen haben könne. Daraufhin hat Geheimrat Nehe in einem — wie es scheint nachträglich ausgearbeiteten und vom Ausschuss nicht untersuchten — Sitzungsprotokoll festgelegt, daß die Gewerkschaften zu dem Herrn Minister selbst kein Vertrauen mehr haben und daß er, Geheimrat Nehe, als Vorsitzender des Ausschusses, da er den Standpunkt des Ministers teile, nunmehr auch das Vertrauen der Gewerkschaften nicht mehr besitze. Mit Schreiben vom 7. 9. 1920 haben die Gewerkschaften dem Minister Kenntnis davon gegeben, daß Geheimrat Nehe als Person das Vertrauen der Gewerkschaften nicht besitze, während diese Feststellung sich auf die Person des Ministers nicht bezöge. Es gab sogar Leute, die die damalige Protokollangabe des Herrn Nehe als eine glatte Fälschung des Willens des Untersuchungsausschusses bezeichneten. Herr General Groener hat mittels Schreiben vom 11. 10. 1920 erklärt, daß — da seine persönliche Ehrenhaftigkeit bei der Erledigung von Streitigkeiten, ebenso wie die seines Referenten, Herr Geheimrat Nehe, in Frage gezogen sei — er sich jede Antwort verweigern müsse. Die Gewerkschaften erluchten um Gehöhr eines anderen unparteiischen Vorsitzenden, worauf man im Schoße der Regierung vorzog, den Ausschuss zu beauftragen und die ganze weitere Verfolgung der Disziplinarverfahren dadurch aus der Welt zu schaffen, daß man dieselben überall niederschlug.

Dieser selbe Kappisten-Protector Geheimrat Nehe ist heute der zuständige Referent in der Frage der Disziplinarverfahren der am Streik beteiligten Beamten. Bemerkenswert ist man, daß viele derjenigen Beamten, die jetzt diszipliniert werden sollen, seinerzeit vor dem Untersuchungsausschuss belästigende Angaben gegen Kappisten in höheren Eisenbahnstellen gemacht haben, so erkennt man, wie sehr Herr Nehe jetzt am rechten Platz ist. Was den „Streikhebern“ nicht gelungen ist, ihm wird es sicher gelingen: nämlich die ganze Beamenschaft im Eisenbahnwesen gegen den Schwarzmacherkurs im Reich Groeners aufzubringen.

Die gestörte Fahnenweihe

Sonntag, den 4. September 1921, beging in Herford die Kriegerschicht des früheren Infanterieregiments Nr. 15 ihre Fahnenweihe. Die Arbeiterschaft veranstaltete eine Gegendemonstration unter der Parole „Nie wieder Krieg!“ Es kam zu Zusammenstößen, und im Anschluß daran wurde gegen eine Anzahl Arbeiter wegen „Aufruhrs“ und „Landfriedensbruchs“ Anklage erhoben. Der Prozeß begann am 20. d. Mts. vor dem Schwurgericht zu Bielefeld. Angeklagt sind folgende 10 Personen: Gewerkschaftssekretär Dörmann, Krankenkassenkassier Schmidt, Hilfsarbeiter Steinbrecher, Tischlergeselle Urban, Arbeiter Hoffmann, Bauarbeiter Engelking, Tischlergeselle Kermann, Bauarbeiter Hadel, Schlosser Gnegeler, Schlosser Juhl.

Bezeichnend war und ist schon die Geschworenenliste. In jenem industriell so stark entwickelten Bezirk ganze zwei Arbeiter auf der Liste, von denen der eine beim Aufruf fehlte, während der zweite vom Staatsanwalt abgelehnt wurde! Die übrigen Geschworenen setzen sich zusammen aus: Landwirten, Fabrikanten, Professoren, Kaufleuten, Ingenieuren, Beamten usw. Und was das Letzte ist: unter den 27 Geschworenen, die sich beim Aufruf meldeten, sind nicht weniger als 12 Kriegervereiner, die also in eigener Sache Richter spielen sollen! Zwei von diesen Vereinen angehören, welche an dem Zusammenstoß vom 4. September d. J. beteiligt waren, mußten auscheiden. Dasselbe Schicksal erlitten den Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Lange, der sich für nicht befangen erklärt wissen wollte, obwohl er Hauptmann der Reserve in dem Regiment ist, dessen Fahnenweihe gestört wurde!

Den Vorsitz übernahm Landgerichtsrat Dr. Behrman. Der Prozeß dürfte ungefähr 10 Tage dauern, also gegen Ende Mai abgeschlossen sein. Wir werden abdam über den Ausgang berichten.

Reichsbildungskonferenz der USPD.

Das dringende Bedürfnis nach klarer Denkart, Festigung und Vereinheitlichung der vielverzweigten sozialistischen Bildungs- und Erziehungsfragen, die in weiten Kreisen unserer Partei gepflegt werden, die umfassen und bedeutsamen theoretischen und praktischen Probleme unserer Schulpolitik, an denen zahlreiche Genossen in Gemeinde, Staat und Reich tagtäglich arbeiten, veranlassen die Zentralkommission der Partei, eine Reichsbildungskonferenz einzuberufen. Diese Reichsbildungskonferenz soll am 9., 10. und 11. Juli in Berlin stattfinden.

- Es werden die 6 großen Gebiete:
 1. die materialistische Geschichtsauffassung und die Kulturaufgaben;
 2. Aufgabe und Methode der Parteibildungsarbeit;
 3. die künstlerische Erziehung des Proletariats;
 4. schulpolitische Fragen;
 5. Volkshochschule;
 6. die Bedeutung des Kindesdurch ausführliche Referate behandelt werden.

Als Referenten sind die in der Bildungsarbeit bekannten Genossen Otto Braunthal (Gera), Hermann Brill (Weimar), Paul Petre (Gera), Otto Jensen (Gera), Leo Reitenberg (Berlin), Kurt Schwemmer (Berlin), Richard Seidel (Berlin), Anna Stenzen (Berlin), Hans Stenzen (Berlin) und August Stenzen (Essen) gewonnen worden.

Das genaue Programm und die Details der Referate werden noch veröffentlicht, ebenso das Lokal und Stunde des Beginns der Konferenz.

Wir ersuchen jetzt schon die Bezirke, alle Vorbereitungen für eine sachdienliche und reichliche Beschickung zu treffen.

Als Delegierte kommen Vertreter der Bezirkebildungsvereine, der USPD-Belehrungsorganisationen, der USPD-Alternbeiräte und der freien Schulgemeinden in Frage. Ferner ist die Beteiligung der Genossen, die in Gemeinde, Staat und Reich verantwortliche Bildungs- und Erziehungsfragen zu lösen haben, dringend erforderlich. Es kommt nicht auf die Anzahl, sondern auf die Zweckmäßigkeit der Delegation an. Anmeldungen von Delegierten bitten wir an den Genossen Schent in Berlin E. 2, Breite Straße 8-9, Bildungsreferat, zu richten.

Die Bildungs- und Erziehungsfragen sind für unsere Partei und über den Rahmen unserer Partei hinaus für das gesamte Proletariat von größter praktischer Bedeutung. Die Reichsbildungskonferenz hat die Aufgabe, aus den Referaten und der sich an jedes Referat anschließenden Aussprache die Grundzüge für die künftige sozialistische Kulturpolitik unserer Partei zu legen und einen engeren Zusammenschluß aller auf diesem Gebiete arbeitenden Genossen herbeizuführen.

Berlin, den 16. Mai 1922.
Die Zentralkommission
der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

4 und 5 Mark Wochenbeitrag

Vor einigen Wochen hat die Zentralkommission die Aufforderung an die Parteigenossen ergehen lassen, schleunigst die Parteibeiträge möglichst bis zur durchschnittlichen Höhe eines Stundenlohnes zu erhöhen. Die meisten Bezirke sind dem nachgekommen und haben die Monatsbeiträge von 4 auf 5 Mark, auf 10 Mark und einige Bezirke auf 12 Mark erhöht. Die Bezirke haben sich dabei nach den Verhältnissen richten müssen. In alleräusserster Zeit werden auch diese Bezirke erneut prüfen müssen, ob sie mit den momentanen erhöhten Beiträgen leistungsfähig bleiben können.

Selbst bei den Kommunisten scheint es trotz ihrer Millionen-subventionen aus Ausland Mapper mit dem Gelde zu werden, denn der Zentralkommission der KPD hat in seiner letzten Sitzung ein Referat von Krennle entgegengenommen, das reichliche Klagen über mangelhafte Organisation enthielt. So teilte er mit, daß zum Teil auf 300 Mitglieder ein Angestellter komme. Das müßte von derselben Partei festgestellt werden, welche die Spaltung unter der Parole „Gegen die Parteibourgeoisie“ betrieben hatte.

Der Zentralkommission der Kommunisten beschloß, den Wochenbeitrag auf 4 Mark festzusetzen. Die Berliner Bezirksleitung der KPD ging sogar noch über diesen Beschluß hinaus und setzte den wöchentlichen Beitrag auf 5 Mark fest. Dieser Beschluß wird damit begründet, daß bis jetzt die „Rote Fahne“ ausschließlich von der Zentrale finanziert worden sei, die Berliner Organisation dagegen keinen Pfennig Zuschuß geleistet hätte.

In der „Rote Fahne“ schreibt für die KPD-Bezirksleitung A. Goller: „Aber wie unzureichend unsere Finanzmittel trotzdem sind, sehen wir am besten daraus, wenn wir die Leistungsfrage aufrollen. Die Berliner Organisation bezahlte jetzt keinen Pfennig Zuschuß zu den Kosten der „Rote Fahne“. Wie oft beklagen sich die Genossen über dies und jenes, was sie an der „Rote Fahne“ ändern möchten, wie oft wünschen sie vom Berliner Vorstand, er möge in dieser oder jener Richtung dahin wirken, um die

Wünsche der Mitarbeiter in bezug auf die „Rote Fahne“ zu erfüllen. Ja, aber die „Rote Fahne“ ist Zentralorgan. Sie wird finanziell von der Reichszentrale unterhalten. Und da sie so ausschließlich und völlig das Organ der Zentrale ist, ist natürlich der Einfluß der Berliner Organisation ein sehr begrenzter. Nur dann wird unsere Organisation politisch gesund und kräftig sein, wenn sie auch imstande ist, wenigstens einen beträchtlichen Teil der Zeitungskosten auf ihre Schultern zu laden. Das muß in erster Linie durch gesteigerte Propaganda und Abonnentenwerbung geschehen. Bei den heutigen Verhältnissen wird auch eine gesteigerte Propaganda und eine große Erhöhung der Abonnentenziffern nicht so schnell ausbleiben, um die Zeitung finanziell auf eigene Füße zu stellen.“

Die Herstellungspreise für Zeitungen sind in der Tat so hoch, daß es sehr wenige Zeitungen gibt, die ihre Ausgaben aus den laufenden Abonnements- und Inseritionsausgaben decken können. Eine große Zahl alter und bis vor kurzem auf fundierter Zeitungsunternehmen hat dann auch bereits, um sich vor dem Untergang, eine „Sanierung“ durch kapitalistische Interessentengruppen über sich ergehen lassen und damit ihre politische Haltung unter deren Botmäßigkeit stellen müssen. Die Arbeiterpresse leidet am schwersten unter der Zeitungsnot. Die Arbeiterpresse ist aber die wichtigste und bedeutendste Waffe für den Tageskampf des Proletariats. Es ist daher auch unerlässlich, daß die Arbeiterpresse aus dieser unumgänglichen Tatsache die Konsequenzen zieht und alles ausbletet, ihre Presse finanziell zu sichern, sei es durch eifriges Werben neuer Abonnenten oder durch Blättigmachung von Zuschüssen, die es ermöglichen, allen Anforderungen gerecht zu werden.

Hilfe für Georgien

Wie und ino dem Georgischen Pressebüro mitgeteilt wird, sind vom Amsterdamer Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes aus den Sammlungen der österreichischen Arbeiterklasse 20 Millionen österreichischer Kronen zum Ankauf von Medikamenten für Georgien bestimmt worden. Genosse Julius Braunthal, Wien, hatte eine Reihe von Schwierigkeiten zu überwinden, die ihm von den Sowjetbehörden bereitet wurde. Zunächst war es ihm schwer, die Einreiseerlaubnis nach Georgien zu erhalten. Eine radiotelegraphische Aufforderung an Tschitscherin und Kamenow blieb unbeantwortet. Schließlich bekam er die Einreiseerlaubnis von der Sowjetverwaltung in Konstantinopel. Er mußte aber 50 000 Kronen dafür zahlen. Die königlichen Regierungen in Italien und Griechenland erwiesen sich mit Rücksicht auf den Zweck nicht so bürokratisch.

Mit der Verteilung der Medikamente wurde das Rote Kreuz beauftragt, dem zum größten Unbehagen der Okkupationsbehörden, die alle freigewählten Körperkassen des Landes ausgereit haben, auch Vertreter nicht kommunistischer Arbeiter zur Ueberwachung und Festlegung des Verteilungssystems beigegeben wurden. Verteilt wurden die Medikamente nur an Ambulatorien und Spitäler, auch an Gefängnisospitäler. Die georgischen Gefängnisse beherbergen jetzt etwa 8000 Mitglieder der sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften.

Das Verhalten der Sowjetgewaltigen in Tiflis gegenüber den Hilfesbringern verdient noch besonders festgenagelt zu werden. Der Vorsitzende des Sowjets, Macharadse, erklärte in öffentlicher Sitzung: nach Tiflis sei mit Medikamenten des gelben Amsterdamer Verbandes ein gewisser Arbeiter gekommen, ein dunkles Subjekt, das in Georgien Spionage für die Entente treibe und Wege und Mittel ausfindig mache für einen militärischen Ueberfall auf Georgien!

Ganz anders war das Verhalten der georgischen Arbeiter! Dem Genossen Braunthal wurden in Tiflis von Deputierten der Eisenbahnhauptwerkstätte, des Eisenbahndepots, der Straßenbahn, der Elektrizitätswerke, Arsenalarbeiter, Tabakarbeiter, Druckereiarbeiter, Arbeiter der Lederfabrik Obichanow ein Schreiben überreicht, in dem es heißt: „Wir danken der Amsterdamer Internationale für die moralische und materielle Hilfe, die sie uns durch die Medikamente, die dazu bestimmt sind, unsere Wunden zu heilen, geleistet hat. Wir sind überzeugt, daß bald die Zeit kommen wird, da die Arbeiterklasse Georgiens, die heute noch geknechtet ist, ihre Freiheit erkämpft haben und dann auch imstande sein wird, dem europäischen Proletariat durch die Tat ihre Dankbarkeit erkennen zu lassen. Es lebe der Amsterdamer Internationale Gewerkschaftsbund!“

Auch die Batumer Arbeiter, Eisenbahner, kommunale Arbeiter und Angestellten, Zollamtdarbeiter, Hasen- und Transportarbeiter, Arbeiter der Elektrizitätswerke, Druckereiarbeiter sowie der Lehrerverband übergaben dem Genossen Braunthal ein Schreiben, in dem sie sagen: „Ob schon wir befürchten müssen, daß die Medikamente ihren Zweck vielleicht nicht restlos zugeführt werden, so ist uns doch der Ausdruck der warmen Teilnahme, die sich in der Hilfeleistung ausdrückt, für uns sehr teuer. Im Augenblick, da das gesamte georgische Volk unter der Herrschaft der roten imperialistischen Truppen und der von den Bolschewiki eingesetzten Agenten (die sich georgische Regierung nennt), furchtbar schwere Tage durchlebt, überzeugt uns die Brüderliche Hilfe, daß die georgische Arbeiterklasse nicht vereint ist. Sie gibt uns Hoffnung, daß das europäische Proletariat — der Verteidiger aller Schaffenden und Unterdrückten — auch jetzt seine Stimme gegen den russischen Imperialismus erheben und die Arbeiterklasse und Bauernschaft Georgiens vor der physischen Vernichtung bewahren wird. Es wäre unser Wunsch gewesen, dem europäischen Proletariat in öffentlicher Versammlung unseren Dank auszusprechen. Aber das ist uns unmöglich. Die Kasser der Tscheta und die Gefängnisse Georgiens sind überfüllt mit unseren Genossen. Eine öffentliche Dankagung hätte zahllose Opfer gefordert, so müssen wir daran Genüge finden, schriftlich das zu sagen, was wir öffentlich nicht sagen dürfen. Wir drücken die Hoffnung aus, daß es unserem unermüdbaren Kampf und der Brüderlichen Hilfe des europäischen Proletariats gelingen wird, uns unsere Freiheit wieder zu erringen. Dann werden wir den Arbeitern Europas würdig danken können.“

Abermals Hungerstreik in Rußland

Am 16. Mai verlastete angeklagte Sozialrevolutionäre traten in einen Hungerstreik. Sie fordern gemeinschaftliche Beziehungen und Milderung der Anklageakte. Der Staatsanwalter erklärte, die Anklageakte würden 48 Stunden vor den Gerichtsverhandlungen mitgeteilt und fügte hinzu, die Angeklagten mögen hungern, bis das Gericht die Forderung wegen der gemeinschaftlichen Beziehungen abgelehnt hat.

A. Wertheim

Leipziger Straße (Versand-Abteilung) Königstraße Rosenhaler Straße Moritzplatz

Besondere Abteilung für Pelz-Konservierung

Beste Schutz gegen Mottenschaden - Feuer- und Diebstahl-Versicherung - Freie Abholung in Gr.-Berlin



Damen-Handschuhe

Leinen-Ersatz, weiß 2 Druckknöpfe . . . 36⁵⁰
 Leinen-Ersatz, farbig gute Qualität . . . 46⁵⁰
 Kunstseide, heile Farben . . . 58⁵⁰
 Leinen-Ersatz, weiß 12 Knopf lang . . . 58⁵⁰

Herren-Handschuhe

Zwirn, porös, farbig 1 Druckknopf . . . 24⁵⁰
 Leinen-Ersatz, farbig 1 Druckknopf . . . 36⁵⁰

Leder- u. Stoff-Handschuhe

für Damen, in eleganten Ausführungen, mit Fransen, Quasten und Handmalerei.



Batistglocke mit fester Schließergarnitur, weiß und pastellfarbig . . . 325^M

Batisthut sehr kleidsame Form, weiß u. farbig . . . 325^M

Jaboobluse aus Voll-Volle mit Filzspitzen Einsatz u. Hohlbaum . . . 375^M

Batistbluse reiche Stickerei m. Hohlblumen und Fältchen . . . 185^M

Spitzen

Klöppel- u. Zwirnspitzen Maschinenarbeit

schmal Meter 3⁵⁰ 4⁹⁰
 breit Mr. 6⁵⁰ bis 16⁵⁰

Tüll

Baumwolle, weiß ca. 95 cm breit

Putterqualität Meter 42^M
 für Kleider u. Blusen Meter 51^M
 ganz feine Qualität Meter 65^M



Seidentüll schwarz ca. 100 cm breit Meter 98^M

Kleider-Volants in Baumwolle u. Kunstseide in großer Auswahl

Batisthut mit fester Garnitur, zweifarbig 375^M

Kimonobluse aus gemusterter Musselin, mit Häkelverzierung 95^M

Batisthut m. Plisseeband u. Garnitur, weiß u. pastellfarbig 375^M

Kimonobluse aus Voller, mit Flichtmotiven, Säumen und Häkelkugeln 175^M

in Tüll, Spachtel, Valenciennes, Filet u. Klöppel besonders preiswert

Spitzen-Reste u. Abschnitte

Theater u. Vergnügungen

Vollsbühne 2 1/2 Uhr
 Die Mädchen von Wallbrook
 Die Ratten

Neues Volkstheater
 Köpenicker Straße 65
 Anna Boicyn

Stants-Theater
 Opernhaus 6 Uhr
 Tannhäuser
 Peer Gynt

Deutsches Theater
 2 1/2, Herd u. Marianna
 Des Esels Schatten

Kammerspiele
 Frühlings Erwachen
 Was ihr wollt er sich machen

Großes Schauspielhaus
 7 1/2 Uhr: Judith
 Die versunkene Glocke.

Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler im meisters Kreisler im Theater 1. u. 2. Königstr. Tägl. 8 Uhr

Wagner-Theater
 315 Alexander
 7 1/2 Uhr
 Die beiden Nachtigallen

Theater des Ostens
 (Kino-Theater)
 7 1/2 Uhr
 Brot und Arbeit

Theater a. Kolthaus Tor
 Altendamm 7 1/2 Uhr
 u. Sonntag nachm. 3 Uhr
 Elite-Sänger
 u. a.: Liederspiel
 „Fantasie im Ratswinkler“,
 Ferner der
 lust. Einakter
 „Der Schipper“

Gerson Wechselmann
 Berlin W., Linkstr. 20. Telefon: Nollendorf 879 u. 8215.
 Kakao- u. Schokoladen-Großhandlung
 Generalvertreter der
Falken-Schokolade
 die Auserwählte unter den besten Marken.
 weiter hervorragende bekannte Marken
 in größter Auswahl zu Originalfabrikpreisen.
 Vorteilhafteste Einkaufsquelle für Wiederverkäufer
 Für jeden etwas, für alle vorteilhaft!

Heilanstalt
 für inn. u. Suss. Krankheiten, Nervosität, Mag- u. Verdauungsschwäche, Mäßigkeit, Angstgefühl, Kopf- u. Rückenbeschwerden, Herz-, Nier-, Leber- u. Gallenleiden, Haut-, Horn- und Frauenleiden, Syphilis, schnelle, schmerzlose Heilbehandlung.
 Untersuchung u. Berat. kostenfrei.
 G. Andres, Invaliden-Str. 147, I. Et. Sprengel. 9-1 u. 5-8.

Fahrraddecken
 Lulisch & Co.
 95, 120, 150 M.
 25, 35, 45 M.
 Versand nach ausw. Einzelhandel, Berlin, Badstraße 11

Kaufhaus ANDERS
 Bahnhof Wedding
 größtes Haus direkt am Nollendorfplatz
 Herren-Damen-Modereisen
 flüssige Auswahl Auf Teilszahl
Möbel
 u. Polsterwaren
 Riesen-Auswahl
 Erweiterte Zahlungsbedingung
 Großes Haus direkt am Nollendorfplatz
 Nollendorfstr. 16

Soeben erschien:
I. WARDIN
Die Partei der Menschewiki in der russischen Revolution
 Inhalt: Vom Februar bis Oktober / Die Oktoberrevolution und die Menschewiki / Die Menschewiki im Lager der Weißen / Die Menschewiki und die Invention / Die Menschewiki in der „Sowjet-einkreisung“ / Menschewismus und Terrorismus Was ist die Partei der Menschewiki?
 Preis M. 6.- 60 Seiten Organisations M. 3.-
 Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Organisationen der K. P. D. oder direkt durch den Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 5

Julius Löwenberg & Co.

Swinemünder Straße 86

Achtung Schneiderinnen!

Unsere grosse Kurzwaren- und Stickerei-Woche bietet Vorteile über Vorteile!
 Aus der grossen Masse hier nur einige Beispiele:

Stern-Zwirn 20 m	Stern 0.80
Loeken-Nadeln 2 Briefe	0.50
Schuh-Senkel Maceo	Paar 2.65
Druckknöpfe mit guter Feder	Dtzd. 1.45
Heft-Garn 20 gr	Rolle 7.-
Strumpf-Gummi la Qualität	Abschnitt 7.50
Baumwollband 3 m	Stck. 4.25
Perlmutter-Knöpfe	Karte à 2 Dtz. 1.75 u. 1.35
Filz-Garn, Nähseidenersatz	50-m-Rolle 2.90
Armbänder mit Gummiplatte	à 8.50
Wäsche-Stickerei	m 4.50
Rock-Stickerei ca. 22 cm breit	m 29.50
Hemdenpassagen mit Rückengarnitur	m 39.50

Trotz dieser billigen Preise Gültigkeit der Rabattbücher.
 Außerdem spottbillige Kleider-, Waschstoff- u. Leinen-Reste

Königgrätzer
 Straße 121.
 Das Tagesgespräch Berlins
Das schwarze Kuvert
 Hauptdarsteller und Regie: Harry Piel
 Genialitätsfilm in 6 Akten
 Bühnenschauspiel
Gräfin Ninons Revanche
 Ein Spiel aus der Rokokozeit mit viele Perry und Ottima Waldock
 Beginn 6 u. 8 1/2 Uhr
 Sonntag: 4 Uhr
 Sonntag: 7 1/2 u. 11.

Der Inseratenteil der „Freiheit“ ist der Führer unserer Genossen bei ihren Einkäufen

KREDIT unter günstigsten Zahlungsbedingungen Anzüge Paletots Schlüpfer (ausserhalb - Winter) gestr. Bekleidungs Riesen-Auswahl Billigste Preise	Kon aufgesammlt: Teppiche Gardinen Decken in grosser Auswahl Kompette Wohnungs-Einrichtungen	KREDIT unter günstigsten Zahlungsbedingungen Kostüme Kleider Mäntel Blusen - Röcke Covercoat-Paletots Volle-Kleider Strickjacken Jumper
--	---	---

B. FEDER Brunnenstraße 1
 Frankfurter Allee 350
 Kolbener Damm 105
 Charlitz., Scharrenstr. 5

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!

Als Sobether, toller, toller
 1 h in Qualität und Preis
 ein 37 Gastebrunde

Trauringe
 1 Ring, Brillantgold von 250.- an
 1 Ring, 35, 1.500.000, v. 100.- an
 1 Ring, 333 gestempelt, v. 100.- an
 Garantieschein für gesetzl. Goldinhalt.
 D. R. G. M. Anfertiger: Kattow nach 200.000.000.000.000

H. Wiese, Juwelier
 Artilleriestraße 30 und Passauer Straße 12
 5 Min. v. Bah. h. Friedrichstr. 1 Min. v. Wlt. ent.-Pl. Nollendorfstr.
 Telefon: Norden 1989. Telephon: Steinsplatz 119-120
 Handelsgerichte-lich eingetragene Firma

Theater i. d. Königgrätzer Str.: Heute zum 100. Male:
„Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler“
 Phantastisches Melodram nach E. T. A. Hoffmanns Leben und Erzählungen in 3 Teilen (62 Bildern) von Carl Meinhard und Rudolf Bernauer.
 Musik mit teilweiser Benutzung von Motiven aus E. T. A. Hoffmanns Oper „Undine“ und Mozarts „Don Juan“ von E. N. von Resneck.

Gegen die Hungersnot des Volkes

Ernährungsfragen im Reichstag

Auf Hermes folgte sehr als Reichsernährungsminister, auf den rechtsstehenden Zentrumsmann der bayerische Bauernbündler. Aber dieser Personenwechsel scheint auch die einzige Änderung zu sein. Denn was Herr Fehr bei der gestrigen Besprechung im Reichstag über den Haushalt für das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft als sein Programm entwickelte, was er über die Sicherung der Volksernährung im neuen Erntejahr sagte, unterschied sich vielleicht nur in der Form von den Ausführungen, die sein früherer Kollege Hermes von der gleichen Stelle aus gemacht hat. In der Sache ließ seine Rede an Deutlichkeit sehr viel zu wünschen übrig.

Er redete allerdings sehr viel von der Notwendigkeit der Sicherung der Volksernährung, aber seine Rede war von so vielen Bann und von so zahlreichen Verbeugungen vor den Leistungen und den Opfern der Landwirtschaft erfüllt, daß sie durchaus nicht geeignet erscheint, den agrarischen Uebermut zu dämmen. Und erst recht mangelte seiner Programmrede ein wirkliches Programm.

Erst unser Genosse Herz, der nach einem deutschen nationalen Redner zum Wort kam, sagte, was zu geschehen hat, um die Volksernährung zu sichern und um die völlige Ausbesserung der breiten Masse zu verhindern. Allerdings: mit Samthandschuhen dürfen die Agrarier nicht angefaßt werden, wie sie ja auch ihrerseits in der Wahl ihrer Mittel zur Erreichung ihrer Ziele keineswegs zartbesaitet sind.

Sitzung vom Sonnabend, den 20. Mai 1922.

Präsident Ebe eröffnet die Sitzung 10.15 Uhr.

Der Gesetzentwurf über die Autonomie der Reichsbank wird ohne Debatte in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Das Gesetz über Mieterschuld und Mieteinigungsämter wird ohne Debatte dem Wohnungsausschuß überwiesen.

Haushalt des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

Ernährungsminister Fehr: Mein Amtsvorgänger, Dr. Hermes, hat sich bemüht, durch den Abbau der Zwangswirtschaft den einzig möglichen Weg zu finden, um die Produktion der Landwirtschaft zu heben und somit die Ernährungsprobleme des deutschen Volkes zu beseitigen. Die Bevölkerungszahl in Deutschland ist auf 181 Millionen pro Quadratmeter gestiegen, in welche Zahl die hier anwesenden ausländischen Ausländer nicht einbezogen sind. Durch die Gebietsverluste ist die Versorgung des Volkes noch schwieriger geworden. Das uns augenblicklich Londoner Ultimatum im Mai 1921 hat die erste Feuerungswelle verursacht. Durch die Gewissenlosigkeit gewisser Schädlinge in der deutschen Produktion und im Handel wird diese katastrophale Preissteigerung noch in die Höhe getrieben.

Die unsinnige und ungeduldige Steigerung der Preise auf dem Kartoffelmarkt

ist jetzt im Frühjahr etwas gesunken. Trotz der großen Schwierigkeiten in der Kartoffelverföhrung für das kommende Jahr wird von der Wiedereröffnung der Zwangsirtschaft abgesehen werden. Verhandlungen über die Beseitigung der Verkehrserschwerungen bei der Kartoffelverföhrung für den Winter sind jetzt schon mit dem Verkehrsministerium im Gange. Durch die voraussehende und zielbewußte Politik der Regierung ist es gelungen, dem deutschen Volke bei dem wichtigsten Lebensmittel, dem Brot im allgemeinen Mangel und Not fernzuhalten. Die Umlage ist ganz erfüllt worden, diese Tat der deutschen Landwirtschaft verdient die volle Anerkennung. (Sehr. Widerspruch links.) Es ist jedoch nicht möglich, die bisherigen Droipreise auch für das kommende Jahr beizubehalten. (Hört, hört! links.) Die Reichsregierung muß sich die Entscheidung vorbehalten, wie die Getreideversorgung für das nächste Jahr und ob sie durch eine neue Umlage geregelt werden soll. Die Mitteilungen der Linkspresse, daß in der Hauptsache die Unkosten der Reichsgetreidestelle die Verteuerung des Brotes verursachen, sind unmaß. Die Unkosten der Reichsgetreidestelle betragen nur 0,34 Prozent der Droipreise, auf das Brot bezogen, also 1/4 Pfennig. Die Fleisch- und Milchwirtschaft ist entgegen dem Vorjahr gestiegen worden. Das dankenswerte Werk der Quäfer wird durch ungenügende Beileistung von Mehl und Jucker weiterhin unterstützt werden. Die Juckerproduktion muß auf jeden Fall gesteigert werden. Ich werde dem Hilswert der deutschen Landwirtschaft, dieser vorerst geistigen Aktion meine größte Aufmerksamkeit und Unterstützung schenken. (Weiterkeit links.)

Abg. Thomson (Dtn.) wendet sich gegen die beabsichtigte neue Getreideumlage. Die Prüfungen der letzten acht Jahre und ihre Folgen müssen von allen Kreisen der Bevölkerung getragen werden, nicht die Landwirtschaft und die Industrie allein dürfen zu den Lasten herangezogen werden.

Abg. Schmidt-Röpench (SPD.): Wir haben das Vertrauen zur Regierung, daß sie alles daran setzen wird, die Preise für Nahrungsmittel wieder zurückgehen zu lassen. Wir fordern das Umlageverfahren für das Wirtschaftsjahr 1922-23 beizubehalten, der Kartoffelbedarf soll auf dem Wege privatrechtlicher Lieferungsverträge befriedigt werden, im Interesse der Allgemeinheit ist die Bewirtschaftung des Juckers durch das Reich wieder einzuföhren.

Nach einer Rede des Abg. Blum (Str.) führt der Abg. Herz (USP.)

aus: Wir haben mit größtem Interesse den Ausführungen des Ministers entgegenzusehen, aus denen sich ergeben mühte, ob gegenüber den Zuständen unter dem früheren Ernährungsminister eine Besserung schon da ist oder kommen wird. Seine Rede hat keinen günstigen Eindruck über den Wechsel im Ministerium bei uns hervorrufen können. Die Aufgabe des Ernährungsministers wäre es gewesen, in seiner ersten Rede zu den an Schärfe wie an Zahl bedeutenden Drohungen der Landwirtschaft und ihrer Organisationen Stellung zu nehmen, die unmittelbar gerichtet sind gegen die Absichten, die Volksernährung zu sichern. Solche Reuegerungen kommen in unzähligen Beschlüssen der maßgebenden Organisationen der Landwirte zum Ausdruck und rufen die ungeheure Erregung in den Kreisen der Verbraucher hervor. Welche Aufgaben haben denn die landwirtschaftlichen Organisationen? Sie sollen die landwirtschaftliche Produktion steigern, die Ernährung sicherstellen. Wir wissen, daß sie von der Lösung dieser Aufgaben vollständig entfernt sind. Der von dem Landbund, der maßgebenden landwirtschaftlichen Organisation geföhrt Kampf gegen die Umlage ist

der Bürgerkrieg der Landwirtschaft gegen die Städte.

Alle Parteien, bis zu den Demokraten, die sich an diesem Kampf gegen die Umlage beteiligen, beteiligen sich an dem Bürgerkrieg, der, wenn er Erfolg hat, den ganzen Wiederaufbau der letzten vier Jahre unwiderruflich in ein Chaos verwandelt. Infolge dieses systematischen Kampfes hat sich der städtischen Bevölkerung eine ungeheure Erregung bemächtigt. Wir haben in dieser Zeit noch nicht die Aufgabe, den Agrariern Nutzen zu bewilligen, sondern wir müssen daran denken, wie wir den Erwerbslosen, die durch den Kapitalismus ihr Auskommen verloren haben, ihr Stüchden Brot zu annehmbaren Preisen verschaffen können. Es soll nicht bestritten werden, daß heute wiederum in der Landwirtschaft es an Betriebskapital fehlt, es fehlt jedoch fest, daß die Hypotheken, die früher als feste Säulen auf dem landwirtschaftlichen Besitz ruhten, zu einem großen Teil abgezahlt sind. Es ist falsch, wenn gesagt wird, daß die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, von der der Minister hier Kenntnis gegeben hat, auf die freie Wirtschaft zurückzuführen ist. Die Steigerung ist nur gering und sie ist nicht eingetreten wegen der freien Wirtschaft, sondern diese außerordentlich geringe Steigerung ist trotz der freien Wirtschaft eingetreten. (Sehr wahr! links.) Trotz der freien Wirtschaft ist der Anbau härter geworden. Wir können nicht zugeben, daß die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion um jeden Preis gebracht wird, trotzdem wir diese Steigerung natürlich außerordentlich wünschen. Sie darf nicht kommen, wenn man für sie die wichtigsten Interessen der Allgemeinheit, der deutschen Volkswirtschaft, hingeben muß. Wie ich den Minister verstanden habe, so hat er selbst nichts dagegen, daß, wenn die Landwirtschaft es verlangt, die allgemeine Grundlage des Volkstums wiederhergestellt wird. In diesem Bestreben wird der Minister auf den eisernen Widerstand der gesamten Arbeiterschaft

rechnen müssen. Der Fleischverbrauch ist gegenüber der Friedenszeit auf 40 Prozent gesunken, der Brotverbrauch beträgt 24 Prozent weniger (Hört, hört! links). Das zeigt die Einschränkung der Lebenshaltung, und daher kommt eine sehr erhebliche Senkung der Arbeitsleistung der Arbeiter. Die Sterbeziffer ist immer noch im Steigen begriffen. Den Höhepunkt erreicht diese Sterblichkeit bei der heranwachsenden Jugend zwischen 15 und 20 Jahren. Nicht nur die Unterernährung während des Krieges, sondern auch die verderbliche Ernährungspolitik nach dem Kriege hat diese Verhältnisse der Volksgesundheit ange-richtet.

Im Ernährungsministerium ist eine Politik getrieben worden ohne Rücksicht auf die Steigerung der Arbeitskraft der großen Schichten der Bevölkerung, von der die Wirtschaft des Deutschen Reiches abhängt. Die Schichten der Sozialrentner und Kapitalrentner, die sich gegen diese ungeheure

Teuerung nicht wehren können, weil ihr Einkommen nicht zu steigern ist, werden von der Ernährungspolitik einfach zermalmt. Wir haben keine Veranlassung an der Zwangswirtschaft unbedingt festzuhalten. Sie entspricht nicht unseren wirtschaftspolitischen Forderungen, wir haben an ihr aber so lange festgehalten, als die einheimische Produktion den einheimischen Bedarf noch nicht deckte. Wir können aus diesem Grunde auch jetzt noch ohne staatlichen Zwang und behördliche Preisfestsetzung nicht auskommen. (Widerspruch rechts.) Sie (nach rechts) nehmen den Staatszwang sehr gerne hin, solange es ausreicht wie unter dem Ernährungsminister Hermes. Sie führen nur den Kampf gegen den Staatszwang, wenn es um ihre Profite geht, um die Konjunkturgewinne, um die Weltmarktpreise. Was war denn der Schutzzoll anders als eine Sondersteuer der Allgemeinheit zugunsten der Agrarier? Was war denn die Maisaktion anders? In diesen Fällen haben Sie sich nicht gegen eine Sondersteuer gewehrt. Wir verlangen eine Umänderung in der heutigen Form der Umlage. Einzelne Klagen der Landwirte über die Umlage sind wohl berechtigt. Nur die Getreidebauenden Landwirte müssen die Umlage aufbringen, während die Viehzucht treibenden oder Kartoffelbauenden ganz frei sind. Diese Sonderstellung einzelner Landwirte darf nicht beibehalten werden. — Trotzdem genügend Eisenbahnwagen zur Beförderung der Kartoffeln gestellt waren, ist

nur der vierde Teil der mit den Landwirten abgeschlossenen Verträge über Kartoffellieferung innegehalten

worden. Es geht nicht ohne staatlichen Zwang, nicht ohne behördliche Preisbestimmung, wenn die Verantwortlichkeit bei den Landwirten nicht vorhanden ist. — Seit der Aufhebung der Zwangswirtschaft ist

der Jucker um das etwa siebenfache gestiegen,

und noch verlangen die Industriellen höhere Preise; daher der gewaltige Juckermangel. Die Jucker-Industriellen haben in ihrer Generalversammlung 1921 für den Fall der Aufhebung der Zwangswirtschaft einen Juckersoll gefordert in Höhe von 40 Goldmark (= 2000 Papiermark) pro Doppelzentner, d. h. 4 Mark Erhöhung für das Pfund Jucker haben also die Industriellen damals schon gefordert in einer Zeit, in der der Preis bei der Zwangswirtschaft noch nicht den vierten Teil dieses Sollausmachte. Der Landwirtschaft ist es nicht um die Versorgung zu tun, sondern um die Erzielung hoher Preise.

Ich komme noch einmal auf die Maisverbilligungsaktion zurück, die, obgleich sie dem Vergangenen angehört, doch verdient, in die richtige Beleuchtung gerückt zu werden. Minister Hermes hat mitgeteilt, daß nur ganz unbedeutende Verfehlungen bei den Kommunalverbänden bezüglich dieser Aktion vorgekommen seien. Es ist jetzt festgestellt worden, daß von 827 Kommunalverbänden nur bei etwa 100 das Verfahren als einwandfrei festgestellt werden konnte. Bei mehr als sieben Achteln muß das Verfahren beanstandet werden. Es handelt sich hierbei um eine

Unterzeichnung im Geldbeitrag von einer halben Milliarde Mark.

Von der Regierung ist im Haushaltsanschluß erklärt worden, daß es keinerlei juristische Möglichkeit gebe, die Beträge zurückzuerhalten. Wenn ein hungernder Arbeiter bei Erwerbslosigkeit und Bezug von Erwerbslosenunterstützung nur ein paar Pfennige Nebenverdienst verschweigt, dann sitzt er unbarbarisch ins Gefängnis, bei Unterzeichnung von Agrariern gibt es jedoch keine juristische Handhabe. — Und ist die Abschrift vorgelegt worden über den Abschluß der Kriegsgesellschaften im Ernährungsministerium. Selten ist von einem Ministerium ein solches

Dokument seiner eigenen Schande

herausgegeben worden. Weder in der Kriegswirtschaft noch in der Nachkriegswirtschaft ist ein Verlust entstanden. Die ungeheuren Verluste sind erst eingetreten bei der überhäufigen Freigabe der Wirtschaft: Verluste im Betrage von 55 Milliarden Mark. Alle Befürchtungen, die wir damals gegen die Freigabe der Wirtschaft ausgesprochen, sind nachträglich durch diese Denkschrift gerechtfertigt worden. Sie ist ein Zeugnis für jene Verquickung von Politik und Geschäft, von der wir schon immer die Befürchtung gehabt haben, daß sie gewisse Maßnahmen im Ernährungsministerium bestimmt haben. Wir warnen den Minister davor, nachgiebig gegen die Interessenten an der Landwirtschaft zu sein. Er hat Gelegenheit, aus seinen eigenen Worten Taten zu machen. Nach seinen Taten werden wir ihn dann beurteilen. (Bravo! links.)

Nach längerer, jedoch unwesentlicher Debatte vertagt sich das Haus auf Montag, 11 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung des Etats des Reichsernährungsministeriums. Schluß 1/8 Uhr.

3 Punkte unserer Leistungsfähigkeit! Billigkeit Auswahl Qualität!

Damen - Leinenschuhe wenn mit Spange, starke Strassen- besohlung, Lederada, kurze moderne Form, Aussergewöhnlich billig	72⁰⁰	Kinder-Schnürstiefel schwarz echt Chevreau, sehr bequeme rationelle Form, Aussergewöhnlich billig	58⁰⁰	Segeltuch - Schnürschuhe mit angegossener Gummisohle, für Sport und andere Zwecke geeignet, in Braun, Schwarz, Grau und Weiss, seltene Gelegen- heit, spottbillig. Gr. 37-43 135,00, 31-38 118,00, 29-30 88,00, 20-28	72⁰⁰	Segler - Schuhe wenn mit angegossener Gummisohle, selten günst. Gelegenheitskauf, spottbillig. Gr. 36-42	188⁰⁰
Damen - Leinenschuhe zum Föhren und mit Spange, in den eleganteren modernen Formen und Ab- schnitt, Aussergewöhnlich billig	169⁰⁰	Kinder-Turnschuhe aus grau und schwarz Segeltuch, mit prima Gummisohlen, besonders praktisch u. preisw. Grösse 31-35 85,00, Grösse 27-30	75⁰⁰	Herrn-Schnürstiefel prima Einbock, mit Sohle und Derby- schnitt, sehr elegante moderne Form, Aussergewöhnlich billig	390⁰⁰	Herrn-Halbschuhe schwarz, echt Horkalf, elegant und be- quem, sehr Derbyschnitt, Original- gummi Form, mit Derbysohle, Original- Goochyear - Welt, Aussergewöhnlich billig	590⁰⁰
Damen - Halbschuhe Lasting, Zug- und Schnürschuhe, mit Ledervorderkappe, starken Leder- sohlen und Absatz, sehr preiswert	168⁰⁰	Kinder-Sandalen in Einbl., starke Ledersohlen u. Absatzsohle, Gr. 36-38 128,00, 34-35 175,00, 31-33 159,00, 29-30 139,00, 27-28 125,00, 25-26 109,00, 23-24	98⁰⁰				
Damen - Tennisschuhe prima weiss Leinen, mit Is Chromleder- sohle, sehr bequeme Form, ganz be- sonders billig. Grösse 35-42	195⁰⁰	Kinder-Halbschuhe in weiss Leinen, u. Schnür, Derbyschnitt, bequeme Form, erstklass. Verarb. Grösse 31-35 149,00, 27-30 129,00, 25-26 119,00, 23-24	98⁰⁰				
Damen - Halbschuhe braun, echt Horkalf und Chevreau, Pumps, kurze moderne Form, mit kleiner Lederkappe, eleg. Abs. Sowet Verrat	390⁰⁰	Kinder-Schnürstiefel in weiss Leinen, mit Derbysohle, naturnat., breite Form, extra starke Lederkappe, erst- klassige Verarbeit. Gr. 31-35 138,00, 27-30	118⁰⁰				

Stiller

Die Aussperrung in Süddeutschland

Von den verschiedensten bürgerlichen Blättern und auch von einzelnen Korrespondenzen wird die Nachricht verbreitet, daß es in der bayerischen Metallindustrie bereits zu einer Einigung gekommen sein soll. Angeblich soll der Vermittlungsvorschlag der Regierung angenommen worden sein.

Den Nachrichten ist sowohl wegen der Quelle, als auch wegen ihrer Fassung — sie sprechen nur von einer Einigung in Bayern — so lange zu misstrauen, bis von zuständiger Seite eine Bestätigung erfolgt ist. Bis dahin bleibt es dabei, das Unterstützungswerk für die ausgesperrten Arbeitsbrüder mit verdoppelter Kraft fortzuführen.

In einer am 17. Mai im Gewerkschaftshaus tagenden kombinierten Versammlung der Steinarbeiter Berlins, wurde folgender Dringlichkeitsantrag eingebracht und einstimmig angenommen:

Die Zahlstelle Berlin des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands richtet hierdurch an den Zentralverband die Aufforderung, unverzüglich beim ADGB, den Antrag einzubringen, daß sofort ein höherer fortlaufender Satz als Extrazuschlag beschlossen wird, um die Süddeutschen Metallarbeiter in ihrem schwierigen Kampf gegen das Ausbeutertum zu unterstützen. Sowie die beteiligten Organisationen der Ansicht sind, daß auf der bisherigen Basis der Kampf mit Aussicht auf Erfolg nicht weiter geführt werden kann, darf nicht davor zurückgeschreckt werden, eventuell das Außerhalb der gewerkschaftlichen Kampfmittel anzuwenden.

Auch die „Germania“ für Streikbruch

Wir berichteten bereits über Auslassungen der Stuttgarter waldschen Zeitung „Der Deutsche“, die offenbar Stimmung für einen Streikbruch der Christlichen Gewerkschaften in Süddeutschland machen wollten. Die Zeitung hält sich über unsere Forderungen in Schweigen und gibt damit auch eine Antwort!

Jetzt kommt auch das Berliner Zentrumsorgan „Germania“ mit einer Zuschrift heraus, worin ebenfalls gegen eine Fortsetzung des Süddeutschen Kampfes gesprochen wird. Der Forderung der Arbeitgeber nach Einführung der 48-Stundenwoche könne eine Berechtigung nicht abgeprochen werden. Wenn man erwäge, daß es sich um über 300.000 Arbeiter handle und man diese Zahl mit den 20 Minuten Mehrarbeit pro Tag multipliziert, so habe man in Aussicht auf die für unsere Volkswirtschaft so unerlässliche Produktionssteigerung durch auch eine sittliche Begründung für die Stellungnahme der Arbeitgeber. Hat die „Germania“ vielleicht die sittliche Begründung auch nach der anderen Seite hin erwogen, d. h. wieviel der „Produktionssteigerung“ wohl verloren geht, wenn diese Zahl von Arbeitern wochenlang am Arbeiten (pro Woche 48 Stunden) verhindert wird? Das Zentrumslager würde dann leicht finden, daß Jahre notwendig sind, um den Produktionsausfall einzuholen, der durch das geradezu verbrecherische Vorgehen der Unternehmer stattfindet!

Nachdem so die Unternehmerinteressen von der „Germania“ angenommen werden, heißt es dann weiter, daß leider in Süddeutschland die christlich-nationale Arbeiterkraft mit Hintangeschoben ist, daß sie demzufolge leider Lohnausfall usw. haben wird. Und zum Schluss:

„nur dadurch, daß sich alle guten Elemente der Arbeiterkraft auf die Seite des Rechts stellen und scharfe Abwehraktion einnehmen gegen die, die mit ihrer Freundschaft und ihrem Ergeben an nutzlosen Arbeitskämpfen ihr eigenes Sühnen der Welt- und Arbeiterbeglückung kosten wollen.“

Das ist die offene Aufforderung an die christlichen Gewerkschaften, sich auf die Seite der Unternehmer, gegen die Arbeiter, zu stellen. Werden sich die christlichen Arbeiter wirklich zum Judas an ihren Arbeitskollegen aus den freien Gewerkschaften hergeben?

Kapitals-Schliche

Es ist eine alte Klugweisheit, daß dem Großkapital alles zum Nutzen dienen muß, aber gerade die letzten Jahre haben Gelegenheit, diese Erfahrung immer wieder aufzuklären.

Von den neueren Verordnungen sind es insbesondere die Ausfuhrbestimmungen, die der moderne Großkapitalismus in seinem Interesse nach Strich und Faden auszubügeln weiß. Alles, was in Fach- und Tageszeitungen darüber geschrieben, in Parlamenten und Versammlungen dagegen geschrieben worden ist, hat auch nicht die geringste Beförderung gebracht.

Will jemand Ware ins Ausland bringen, so muß er natürlich sagen, in welches Land auszuführen werden soll. Der Preis der Ware wird nun von den Fabrikanten je nach der Salutation des Ausfuhrgebietes gestellt, so daß ihnen unter Umständen ganz herrliche Gewinne mühelos in den Schoß fallen. Statt nun dem Reich einen angemessenen Prozentsatz vom Ueberpreis zu sichern, muß die Reichskasse mit dem höchsten vorlieb nehmen, was bei dem Anstieg der höheren Umsatzsteuer und Ausfuhr-Abgabe herausspringt. Den Löwenanteil reißt der Kapitalist ohne jede Mühe und ohne eigentliche Gegenleistung in seine Tasche.

Es ist dieselbe Sache wie mit der Ausbeutung des Salutaunterschieds in den großen Hotels. Für ein Zimmer, das deutsche Gäste mit 100 Mark die Nacht zu bezahlen haben, muß der Engländer, Amerikaner, Holländer, Schweizer 1000 Mark zahlen. Weßhalb ist nicht längst ein Gesetz erlassen, nach dem Reich, Staat oder Kommune einen angemessenen Teil dieses Mehrertrages zugewiesen erhalten?

Nun zurück zur Ausfuhrerlaubnis: Will ein Händler exportieren, so darf er dies nur, wenn er eine sogenannte Wertbescheinigung erbringt, d. h. einen Ausweis des Erzeugers über den Ursprung und sonstiges. Hiergegen ließe sich gar nichts sagen, wenn nicht die Herren Fabrikanten selber, sobald sie exportieren, geküßt durch ihre großen Truhs, sich alle Schwierigkeiten und damit alle Konkurrenz von Hause zu halten wähten, wobei noch zu bemerken ist, daß die großen Firmen die Erlaubnis eingeräumt erhielten, sich die Wertbescheinigungen selber zu erteilen! Da in den amtlichen Ausfuhrstellen aber zum großen Teil Leute sitzen, die früher Angehörige des Großkapitals waren, so hat dieser ganze Betrieb allmählich ziemlich gemächliche Formen angenommen. Nun ist da auch die „Wirtschaftsstatistik“ eigentlich nur mit Vertretern der Großkapitalisten besetzt. Wir erinnern daran, daß es a. B. der größten Mühe unseres Genossen Simon-Franken bedurfte, bis es endlich gelang, den volksparteilichen Abgeordneten Dr. Hugo aus einer derartigen Amtsstelle herauszuholen, in der er in Wirklichkeit die Interessen des deutschen Vorkapitals vertrat.

Besonders giftige Großfabrikanten versichern es sogar, den ganzen behördlichen Apparat auf Kosten der Allgemeinheit für sich arbeiten zu lassen. Das wird auf folgende Weise

Aufs Schafott mit dem Justizminister

Justizbebaute im Landtag

Wir dürften nicht nach dem Blute des preussischen Justizministers am Lehnpost. Uns liegt die Absicht durchaus fern, den guten, alten Herrn auf Schafott zu schleifen, wie man vielleicht aus der Ueberschrift irrtümlich annehmen könnte. Ueberreife Staatsanwälte mögen sich also beruhigen; die aufregende Ueberschrift hat keinen anderen Sinn als den: An den Pranger mit der preussischen Justiz!

Vorsicht ist die Mutter der Weisheit. Wir interpretieren vorsichtigerweise unsere Ueberschrift, weil wir die Befürchtung haben, im Falle eines Prozesses nicht solche „verständlichen“ Richter zu finden wie Herr Lehnpost, dessen Artikel mit der Ueberschrift „Aufs Schafott“, der ziemlich unverhohlen zur Ermordung der Vorstandsmitglieder des Bundes Neues Vaterland aufforderte, umgedeutet wurde in „An den Pranger!“

Mit diesem Argument glaubte auch der Vertreter des Justizministeriums gestern im Preussischen Landtag die Vorwürfe des Rechtssozialisten Kuttner entgegen zu können, der scharf und pointiert seine Anklagen gegen die preussische Schandjustiz im allgemeinen und gegen die preussischen Richter im besonderen vorbrachte. Sein Parteifreund Reinert fühlte sich allerdings verpflichtet, wohl „der Ordnung halber“, ihn zu rügen, als er bestimmte Klassenrichter als Schurken bezeichnete. So weit, so gut. Nur daß man bei den Sozialdemokraten, durch Erfahrung belehrt, nicht allein auf die Worte hören, sondern auch auf ihre Taten sehen soll. Und in dieser Beziehung vermögen wir die Hoffnung Kuttners auf den Reichsjustizminister Radbruch nicht zu teilen. Alles in allem war die Kuttnersche Rede eine vernichtende Kritik des preussischen Richtertums, deren Berechtigung auch von den Bürgerlichen, soweit bei ihnen von Objektivität gesprochen werden kann, kaum zu bestreiten wäre.

Was der Zentrumsabgeordnete Dr. Schmitt über den Strafvolkzug ausführte, war sicher sehr beachtenswert und zweifellos von sehr viel ehrlichem Willen getragen, den Strafgefangenen ihr trauriges Los erträglich zu machen. Herr Schmitt ist selbst Gefängnisdirektor. Wenn seine Anregungen auf seinen Parteifreund, den Justizminister, befruchtend wirken, wären wir ein Stück weiter. Selbst wenn der Minister aus sich heraus zu einer positiven Reform kommen wollte — was kaum anzunehmen ist —, die Widerstände des reaktionären Justizbeamtenums sind so erheblich, daß ein zentralistischer Justizminister selbst bei allem guten Willen sich nicht durchzusetzen vermöchte. Hier kann nur der berühmte eiserne Besen helfen —

Am Montag wird der Redner unserer Fraktion, der Genosse Lichtenstein, mit der preussischen Klassenjustiz abrechnen.

Sitzungsbericht

Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt: zweite Beratung des Haushalts der Justizverwaltung.

Justizminister Dr. am Lehnpost: Man muß den Richtern eine gewisse Uebergangszeit lassen, damit sie sich auf die neue Zeit einstellen. (Zuruf: Nichtsahn (USP.): Auf Kosten der Arbeiter, die ins Justizhaus fliegen.) Eine Veranschaulichung und der Vorwurf der Klassenjustiz ist nicht nur ungerecht, sondern auch unklug, weil man dadurch die Richter nur verbittert. Woan die Kritik fährt, hat neulich die Tatsache gezeigt, daß ein gemeiner Verbrecher das gegen ihn gefällte Urteil als Schandurteil bezeichnete. (Gelächter auf der Linken.) Der Unterschied in den Urteilen gegen Raben-Richter beruht darauf, daß bei den Rechtshebenden nur Sachbeschädigung, bei den republikanischen Arbeitern aber Landfriedensbruch vorliegt. (Zuruf: links.)

Abg. Kuttner (SPD.): Früher wurden Ministerbeleidigungen hart bestraft, heute werden rechtsstehende Redakteure, die linksstehende Minister beleidigen, und zur Ermordung linksstehender Politiker auffordern, mit geringfügigen Geldbußen bestraft. Das beweist der Fall Lehnpost. Redner führt eine ganze Reihe von Beispielen an. Er polemisiert dann ausführlich gegen die unterschiedliche Behandlung in Strafprozessen gegenüber Mittelstären, die provokierende schwarz-weiß-rote Reden herunterholen und solchen, die rote oder schwarz-rot-goldene unter Wickelung der Bekker beiseite weisen. Als der Abg. Kuttner auf ein geradezu skandalöses Nachurteil gegen den Demokraten Dr. Köhlich in Dornik hinweist und nach Verlesung der Namen der amtierenden Richter diese in großer Erregung mit Schurken bezeichnet,

gemacht: die betreffende Firma verfolgt in der Fachpresse des In- und Auslandes alle Kauf- und Verkauf-Angebote, für die sie „Interesse“ hat. Sobald ihr etwas „verdächtig“ vorkommt, erstattet sie Anzeige bei der zuständigen Amtsstelle. Nun sät die Behörde zu arbeiten an. Alle Nebel werden in Bewegung gesetzt, Briefe und Akten werden hin und her geschickt, Beamte machen auf Staatskosten große Reisen, um den Fall aufzuklären, und der Angelegende genießt den unbezahlten und unbezahlbaren Vorzug, daß Rückfragen, aus denen er sich hervorragend orientieren kann, an ihn gerichtet werden, so daß ihm der Staat an einer Handels-Spionage verhilft, wie sie sich selbst ein Hoffen, Krupp oder Stinnes aus eigener Tasche kaum zu leisten vermöchten.

Das Kapital bedient sich aller nur erdenklichen Schliche, den Staat so viel als irgend möglich für sich auszunutzen.

Regierungskrise in Oesterreich

Sozialistische Opposition

Wir unterrichten unsere Leser bereits über die österreichische Wirtschaftskrise, und heute schon kommt die Meldung von einer schweren Regierungskrise. Bekanntlich hat die Regierung die Ermächtigung erhalten, eine Auslandsanleihe von 130 Milliarden Mark aufzunehmen. In der vorgestrigen Sitzung des Budgetausschusses mußte jedoch der Leiter des Finanzministeriums, Dr. Wittim, gekündet, daß die Erwartungen auf Einbringung der Anleihe nicht in Erfüllung gegangen seien. Hauptächlich deshalb nicht, weil die in Aussicht genommenen größeren Vorhülle auf die aus-

wird er vom Präsidenten, seinem Parteigenossen Reinert, wegen Beleidigung des deutschen Richtertums zur Ordnung gerufen. (Zuruf: links: 90 Prozent der preussischen Richter sind Schurken! — Großer Beifall.) Die Deutschnationalen, die die Objektivität der preussischen Richter als über jeden Zweifel erhaben hinstellen, können auch anders. Das beweisen die Beschimpfungen des Reichsgerichts nach den Prozessen gegen die Kriegsverbrecher durch die Deutschnationalen.

Regierungsrat Kubitz tritt den Ausführungen des Abg. Kuttner entgegen. Es ist nicht richtig, daß der Schriftsteller Lehnpost in seinem Artikel „Aufs Schafott“ zur Ermordung linksstehender Politiker aufgefordert hat. (Zuruf: Und die Ueberschrift!) Das Urteil steht in seiner Begründung fest, daß diese Ueberschrift nur den Sinn hat: „An den Pranger!“ (Stürmische Deiterkeit im ganzen Hause.) Nicht die schwarz-rot-goldenen Raben, sondern lediglich die roten Raben sind von Richtern als Kerkernis erregend anzusehen worden. (Stürmische Zurufe links.)

Ein anderer Regierungsratsvertreter äußert sich im ähnlichen Sinne. Abg. Göbel (Nir.): Die Vorwürfe gegen das Richtertum dürfen nicht verallgemeinert werden. Herr Kuttner hat zweifellos übertrieben.

Abg. Dr. Sielmann (Dn.): Alle Völker leben mit Bewunderung auf die deutsche Rechtsprechung. (Lachen.)

Abg. Eichhoff (D. Sp.) beschwert sich über die angebliche Bevorzugung des Justizministers von Mitgliedern des republikanischen Richtervereins bei Beförderungen.

Abg. Schmidt (Nir.) spricht sehr wirksam für die Reform des Strafvolkzugs. Das Haus vertagt sich auf Montag 11 Uhr. Tagesordnung: Weiterberatung des Justizetat.

Sitzung vom Freitag, den 19. Mai 1922.

(Wegen Raummangels gestern zurückgestellt.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung entwickelt sich eine Geschäftsordnungsdebatte über den Antrag Ebersbach (Dn.), den ersten Punkt der Tagesordnung abzulehnen. Es handelt sich um die zweite und dritte Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend den Bau eines Dampfkrastwerkes bei Hannover und Gründung einer Aktiengesellschaft Großkrastwerk Hannover. Der Verschleppungsantrag der Deutschnationalen wird abgelehnt. Nach dem Berichterstatter Dr. Wolff erhält das Wort

Abg. Kay (SPD.), der sich gegen die Errichtung des Werkes wendet.

Abg. Engberding (USP.) und Abg. Bariold (Dem.) lehnen den Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung ab.

Abg. Brunk (Nir.) stimmt dem Gesetzentwurf zu unter der Voraussetzung, daß einem inzwischen eingegangenen Abänderungsantrage des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Volkspartei stattgegeben wird. Dieser Antrag will die Bildung der Aktiengesellschaft „Großkrastwerk Hannover“ nicht nur auf die Kommunalverbände beschränken, sondern auch die Beteiligung „anderer Unternehmungen“, also des Privatkapitals zulassen.

Abg. Reinert (SPD.): Wir schaffen aus dem Bau des Krastwerkes den allergrößten Vorteil für die Verbraucher. Abg. Christmann (USP.):

Ein solches Krastwerk Hannover, das von der Allgemeinheit erbaut werden soll, muß auch der Allgemeinheit zugute kommen.

Wir waren bereit, dem Gesetzentwurf zuzustimmen, der ursprünglich nur die Beteiligung der Kommunalverbände vorsah. Durch den Abänderungsantrag des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Volkspartei, der auch dem Privatkapital Einfluß geben will, wird es uns unmöglich gemacht, für den Entwurf zu stimmen. Wir haben deshalb einen Antrag eingebracht, der die Ausmerzung des privaten Aktienkapitals fordert. Das beste wäre allerdings eine allgemeine Sozialisierung der Stromversorgung. Daran ist leider in der gegenwärtigen Situation nicht zu denken. Es scheint in den Betrachtungen des Privatkapitals, die staatliche Betriebform konkurrenzunfähig zu machen, ein gemäßigtes System zu liegen. Die Elektrifizierung der Bahnen ist aus eine Frage der Zeit, deshalb darf der Staat auf seinen Teil der Stromversorgung aus der Hand geben. Für die Verstaatlichung der Stromversorgung werden wir stimmen. Eine Beilegung des Privatkapitals aber lehnen wir ab. (Bravo! links!)

Abg. Ebersbach (Dn.) wendet sich gegen den Entwurf. Durch Annahme eines Solubantrages wird die Weiterführung der Debatte unmöglich gemacht, worauf eine Abstimmung von persönlichen Bemerkungen erfolgt, in der die Abgeordneten Kay (SPD.) und Reinert (SPD.) wiederholt das Wort nehmen.

Gegen die dritte Lesung wird Einspruch erhoben. Die namentliche Abstimmung über den Paragrafen des Entwurfs ergibt die Beschlußunfähigkeit des Hauses.

Nächste Sitzung: Sonnabend, den 20. Mai, 11 Uhr. Tagesordnung: Etat des Justizministeriums.

ländischen Kredite ausgeblieben sind und die Grundfragen der Kreditgewährung, die Suspendierung der Pfandrecht nicht zur Lösung gelangten und weil eine wesentliche Erhöhung der Preise der fremden Zahlungsmittel, womit die Regierung bei der Aufstellung des Budgets nicht gerechnet habe, eingetreten sei.

Die feinerzeit erteilte Kreditermächtigung von 138 Milliarden sei schon bis auf einen kleinen Rest aufgebraucht und die Regierung bitte, durch die Votierung einer neuen Kreditermächtigung von 120 Milliarden ihr die Möglichkeit zu bieten, die Geschäfte des Staates fortzuführen.

Der Sprecher der Christlichsozialen Mayr trat für die Regierungsvorlage ein, der Vertreter der Sozialdemokraten Zeit sprach dagegen. Der Großdeutsche Krast beantragte den Ermächtigungsbetrag mit 41,8 Milliarden festzusetzen. Dieser Antrag wurde mit 15 gegen 11 Stimmen angenommen, die Regierungsvorlage mit 14 gegen 12 Stimmen abgelehnt.

Die Regierung hat also in dem Moment eine schwere Niederlage erlitten, wo Ministerpräsident Schuber wieder nach Wien abreiste. — Die Wiener Börse, antwortete auf diesen Umwälzung mit einer Valutabauffahrt, die wahre Proportionskurve zeigte. Die Goldkurse der ausländischen Zahlungsmittel vom 23. Januar sind zum Teil wieder erreicht. Bei einer passiven Handelsbilanz von fast einer Milliarde Goldkronen sind die Folgen der neuen Valutabauffahrt unabsehbar.

Nach neueren Meldungen soll als Regierungsnachfolger eine christlich-soziale-großdeutsche Koalition in Vorbereitung sein.

Nur für Parteigenossen

Zum Ausbau der Groß-Berliner Parteiorganisation

Zu den Anregungen des Genossen R. A. N. über dieses Thema möchte ich folgendes sagen:

Das Leben innerhalb der Partei bedarf ausreichender und zeitgemäßer Formen, um sich äußern zu können. Die Jahlabende sind zurzeit mindestens nicht mehr ausreichend, diesem Bedürfnis zu genügen. Wir wollen damit keinesfalls einen unnötigen Streit über die Existenz der Jahlabende entfachen. Es dürfte sich auch wohl erweisen, daß der Jahlabend noch heute fester sitzt, als mancher annehmen geneigt ist. Der Jahlabend war eben früher eine lebenswichtige Einrichtung der einzigen Partei.

Zu einer Zeit, wo der Partei Mitglieder zugeführt wurden, die vor kurzem noch Bewohner von Kleinstadt und Dorf waren, wo auch die geistige Einstellung der übrigen viel zu wünschen ließ, bestand gegen heute eine erhöhte Notwendigkeit, daß die Organisation in erster Linie auf die in einzelnen gehende mehr oder weniger dürftige Schulung jedes Parteimitgliedes sich einstellte. Und das war am besten im kleinen Kreise zu leisten. Die üblichen Belangen dieses Zustandes mußte man auch aus anderen Gründen in Kauf nehmen. Die Partei hatte früher immerhin mit anders gearteten Rechtsverhältnissen zu rechnen. Sie war darauf angewiesen, daß die Genossen im kleinen Kreise einander möglichst genau kennenlernten. Das Eindringen von Polizei- und anderen Spitzeln wurde dadurch erheblich erschwert. Aus demselben Grund war es nicht wünschenswert, daß man jedem neuen Mitgliede sofort den Zutritt zu einem größeren geschlossenen Kreise eröffnete. In der geschlossenen Zusammenkunft einer größeren Zahl von Parteimitgliedern hätte sich das Eingehen auf interne Parteianglegenheiten nicht immer umsetzen lassen. Demgegenüber wirkte der Jahlabend als Berichterstatter wie ein Sieb. Alles Dinge, die das Lebensinteresse der Partei früher erforderte. Die Gründe, die die Existenznotwendigkeit der Jahlabende erweisen, sind damit keineswegs erschöpft, und sie gelten mehr oder weniger noch heute. Man gehe darum mit dem lieben Jahlabend etwas vorsichtiger um. Man lasse diese so tief eingewurzelte Einrichtung abwachsen im Sinne einer Entwidlung. Neuem brauche der Jahlabend ja nicht im Wege zu stehen.

Es ist in diesem Zusammenhange nur die Frage zu lösen, ob der Jahlabend wie bisher auch noch weiterhin der Schwerpunkt des Parteilebens zu sein berufen ist oder nicht. Und diese Frage möchte ich entschieden verneinen. Der Schwerpunkt des Parteilebens gehört heute in einen Personenkreis von einigen hundert Mitgliedern. Diese Zahl ermöglicht der Parteiorganisation die Stellung von Referenten. Sie gewährleistet in der Regel die Gegenwart einer ausreichenden Zahl geschulter und redender Genossen, was für das Zustandekommen einer anregenden und diesseitigen Aussprache eine notwendige Voraussetzung ist. Unter diesem Umstande wird in Eingelassen der Referent zu ent-

behren sein; ein kurzes die Aussprache einleitendes Referat ist dann aus eigener Kraft möglich. Dieser größere Personenkreis ist für diese Genossen auch ein ausreichender Anreiz, ihre Stimmung zu Gehör zu bringen. Es lohnt dann der Versuch, die Versammelten für diese oder jene besondere Ueberzeugung zu gewinnen und in Bewegung zu setzen. Regelmäßige Zusammenkünfte dieser Art gewährleisten ferner die Möglichkeit, daß auch die Mitglieder aus verschiedenen Stadtbezirken einander näher kennenlernen, was für die Auslese der Funktionäre von Wichtigkeit ist. Hier ist dann der Ort, wo die Parteigenossen ausreichende Anregung empfangen, um insbesondere in der Agitation von Mund zu Mund ihren Mann noch besser als bisher stehen zu können.

Das kann der Jahlabend nicht leisten, oder er kann es nicht so leisten, wie das heute erforderlich ist. „Im engen Kreise verengt sich der Stimm“. Die Zeit von heute erfordert eben neues, und früher vorhandene Hemmungen des politischen Lebens nötigen nicht mehr in dem Maße wie einst zur Rücksichtnahme. Schließlich dienen regelmäßige Zusammenkünfte in dem gekennzeichneten Personenkreise der Heranbildung rednerischen Nachwuchses. Eine Versammlung, deren Besucherzahl tausend erreicht, ist für diesen Zweck zu groß, würde auch einer engeren gegenseitigen Fühlungnahme der Parteimitglieder nicht günstig sein. Die Distrikte erscheinen mir darum für die Lösung dieser Aufgabe als zu groß, die einzelne Abteilung als zu klein. Für die gegebene Adressenliste halte ich die Doppelabteilung, d. h. die gemeinsame Zusammenkunft zweier Abteilungen, Erwähnt sei noch, daß auch aus dem Ausbau der Verwaltungsbezirke sich Erfordernisse für die Parteiorganisation ergeben dürften. Die Einrichtung von Vertreter-Versammlungen für die Verwaltungsbezirke ist darum ins Auge zu fassen.

Was ist nun im Sinne dieser Anregungen zu tun?

Die Distriktsleitungen, die geneigt sind, die Probe aufs Exempel zu machen, sollten schon im Mai mit der praktischen Arbeit beginnen. Sie sind dann in der Lage, der Leitung unserer Groß-Berliner Organisation mit Erfahrungen zu dienen. Es wären also für den dritten Mittwoch dieses Monats gemeinsame Versammlungen der Doppelabteilungen einzuuberufen. Referenten und Themen sind vorher bekanntzugeben. Das Thema muß bei diesem ersten Versuche dem Bedürfnis zur Aussprache besonders entgegenkommen („Freiheit und Recht seit dem November“, „Freiheit und Recht von heute“, „Die Verhältnisse des Eisenbahnerstreiks“, „Die Lage der städtischen Arbeiter“, „Der Wechsel in der „Freiheit“-Redaktion“, „Wie fördern wir unsere Partei im Gewerkschaftsleben?“, „Sind die Sagen der Gewerkschaften noch zeitgemäß?“). Nach einigen Versammlungen dieser Art müßte die Einrichtung selbst einmal zur Aussprache gestellt werden.

Diese Versammlungen werden dann in der Folge auf den bisherigen Jahlabendmittwoch gelegt. Den Jahlabend selbst sollen sie nicht ersetzen. Er hat seine Sonderaufgabe, die am besten im engeren Kreise zu erfüllen ist. Auch heute noch wird es gut sein, eine Stelle zu haben, wo auf die besonderen Bedürfnisse,

Wünsche und Äußerungen der Einzelmitglieder eingegangen werden kann, wo Fragen über diesen oder jenen Gedanken eines Zeitungsaufsatzes, eines Vortrages oder einer Parlamentsrede gestellt und beantwortet werden können. Auch heute noch birgt das Leben der Arbeiterparteien Notwendigkeiten, für die eine Zusammenkunft im großen Kreise sich eben nicht eignet.

Die Jahlabend-Zusammenkünfte der Parteigenossen im Stadtbezirk lasse man darum bestehen. Die Bezirksführer mögen sie nach Bedarf und ohne Inanspruchnahme der Presse einberufen, zweckmäßig etwa am vierten Mittwoch im Monat. Sie haben da noch wie vor Gelegenheit, im engen Kreise mit den ihrer Führung anvertrauten Genossen Fühlung zu nehmen, geeignete Kräfte für Flugblattverbreitungen, für Besetzung der Wahllokale und die sonstigen so überaus wichtige Kleinarbeit zu gewinnen. Da die Einzelabteilung in Wegfall kommen kann, so bedeutet die Neueinrichtung nicht eine größere Inanspruchnahme von Kräften. Auch für die Distriktsleitungen dürfte sich wahrscheinlich die Möglichkeit einer Entlastung ergeben.

Es wird der Angelegenheit nicht dienlich sein, wenn man sie mit der Frage der Hauskassierung belastet. Schon heute dürfte sich für die Kassierer vielfach die Notwendigkeit zur Hauskassierung ergeben. Wenn durch die hier vorgeschlagene Neuordnung für die Kassierer die Möglichkeit geschaffen wird, die Mitglieder zweimal im Monat zu sehen, so wird das auch die Einziehung der Beiträge erleichtern. Wie die Arbeiterbewegung als Ganzes, so leidet auch unsere Partei unter der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse. Beitragserhöhung! Erhöhung des Bezugspreises der Parteizeitung! Dieser Umstand nötigt ganz besonders, alles zu tun, um den Gesichtspunkten der Organisation der die Wirkung dieser vielfachen Hemmungen des Parteilebens nach Möglichkeit auszugleichen. Und es sollte ungesäumt ans Werk gegangen werden.

Ernst Drange.

Der Genosse Paul Boide, Landwirt, schreibt uns zu demselben Thema: Die Aufhebung der Jahlabende bedeute fast ein Auseinandergehen der Partei. Ich bin nicht gegen Verbesserungen, aber der Jahlabend ist das Rückgrat der Partei. Gerade diese kleinen Zusammenkünfte geben den neuen Genossen die beste Einführung in unser Parteileben, viel besser als die großen Distriktsversammlungen. In diesem Sinne ist der Jahlabend sozusagen eine Vorschule, ein Parteierzüher, der unangestastet bleiben muß. Es soll allerdings nicht bestritten werden, daß viele Distrikts- und Abteilungsleiter ihrer Aufgabe oft unvollkommen gewachsen sind. Aber deswegen braucht man den Jahlabend nicht abschaffen. Die Bezirke sollten hier selbst Wandel schaffen. Der Genosse Boide schließt sein Schreiben: Ich bin 70 Jahre alt, habe die Stürme des Sozialistengesetzes als Parteigenosse mitgemacht, aber die Begründer der Jahlabende hätten sich freilich unter dieser Einrichtung etwas anderes vorgestellt als unsere heutigen Jahlabende.

IHRE WAHL



UNSER PREIS

875.-

Hocheleganter Gabardinemantel in der beliebten Hellmode-Farbe mit entzückender Seitenpartie und moderner, fein abgetönter Stickereiverzierung und andersfarb. Unterkragen **875.-**

Jugendliches Kostüm, aus marineblauem Cheviot, moderne Form, besonders flott durch den weiten Aermel und hübschen Schleifengürt **875.-**

Fescher Covercoat, in der so begehrten Zwirnware, herrenmäßig verarbeitet und sehr kleidsam. **875.-**

Königstr. 33
Am Bahnhof Alexanderplatz

Chausseestr. 113
Beim Stettiner Bahnhof



Wegen des erfahrungsgemäß starken Andranges auf unsere Inserat-Angebote können schriftliche Bestellungen nicht berücksichtigt werden!

Kulturfabotage im Reichstag

Bei der Beratung des Gesetzentwurfes zum Artikel 148,2 der Reichsverfassung ist man — wie vorauszusehen war — auf einem toten Punkt angekommen. Der Reichstagspräsident hat mit ihrer Mehrheit im 30. Ausschuss noch eine Verschlechterung gegenüber dem schon reaktionären Entwurf durchgesetzt. Während nach der Verfassung und dem Gesetzentwurf die sogenannte Gemeinlichkeitschule Regelschule ist und die Konfessions- und weltliche Schule Ausnahmschulen sind, die besonders beantragt werden müssen, sind nach dem Mehrheitsbeschluss des Ausschusses diese Ausnahmschulen der Regelschule gleichgesetzt. Da darin eine Verfassungsänderung liegt, hat die Regierung erklären lassen, daß sie nunmehr erst erneut zu der Situation Stellung nehmen müsse, und da der größte Teil des Kabinetts augenblicklich in Genua ist, wird sich die Weiterberatung noch vertagen. Wenn die Regierung flug ist, nimmt sie den ganzen Schulgesetzentwurf zurück und schafft zunächst nur ein Notgesetz für die Einrichtung von weltlichen Schulen.

Nach vor der Beratung des Gesetzentwurfes hatte der Bildungsausschuss auf Anregung unserer Fraktion mehrere Anträge einstimmig beschlossen, die gerade im Interesse der Minderheiten von so großer Bedeutung werden konnten. Nach diesen Anträgen sollte den Schülern der Volkshochschulen Schüler- oder Arbeiter-Fahrkarten für die Reise nach und von der Volkshochschule gewährt, ferner den Teilnehmern an Veranstaltungen der Jugendpflege und Schulfahrten der Fahrpreis auf $\frac{1}{2}$ des tarifmäßigen Fahrpreises herabgesetzt werden; ebenso für die händigen Schüler der gewerblichen und kaufmännischen Berufs-, Fach- und Fortbildungsschulen, der technischen und Baugewerbeschulen wie für Handwerks- und Kaufmannslehrlinge oder für Schülern in sonstigen Betrieben.

Diese Anträge wurden dann durch alle einstimmig beschlossen. Bei der Beratung im Plenum des Reichstages wurde dann durch den Vorsitzenden des Ausschusses, den Deutschen Nationalen Mumm, beantragt, die gesamten Anträge dem Haushaltsausschuss zu überweisen. Mit Ausnahme der Unabhängigen und Kommunisten stimmten alle Parteien diesem Antrage zu.

Man gibt vor, daß es sich um eine „Weltausgabe“ handle — in Wirklichkeit ist es höchstens ein Einnahmefall — und eine solche Angelegenheit müsse erst im Staatsauschuss beraten werden. Merkwürdig ist es, daß vor einiger Zeit, als es sich um Fahrpreisermäßigung für die Studenten handelte, man nicht so penibel war. Dieser Antrag wurde im Reichstage einstimmig angenommen, und keine der Parteien, die jetzt den Antrag einem Ausschuss glaubt überweisen zu müssen, hatte bei den Studenten irgendwelche Entschuldigungen.

Schon hatten so viele proletarische Kreise, die Jugendpflege treiben, die Fahrpreisermäßigung dieser kulturfördernden Anträge als sichergestellt angenommen, aber was kümmert das die Kulturreaktion des Reichstages! Man redet zwar viel von Gesundung der deutschen Kultur, von Jugendpflege und allen möglichen Dingen, — aber wenn es sich um wirkliche Taten handelt, dann gibt es immer wieder nur Entschuldigungen.

Wieder empfindet man in diesem Augenblick, daß es noch keinen festgesetzten proletarischen Kulturwillen und eine starke sozialistische Kulturöffentlichkeit gibt, auf die Rücksicht zu nehmen, diese Herrschaften gezwungen werden.

Diese Kulturphalanx muß erst errungen werden, und ein wichtiger erster Schritt dazu sind die Elternratswahlen am 28. Mai.

Drum, Eltern des arbeitenden Volkes, heran an die soziale Einheitsfront!

Sie wollen sich blamieren

Der Preussische Staatsrat, eine Art Abklatsch des ehemaligen Preussischen Herrenhauses, läßt der Ruf, den das Herrenhaus als Sammelforum dummdreier, politischer Dohleköpfe genos, nicht schlafen. Kamentlich scheint manchen Mitgliedern des Staatsrats die unverwundliche Größenwahnung Rede vorzuschweben, die der Alterspräsident von Wedel-Pieddorf im März 1915 im Herrenhaus über deutsche Kriegsziele hielt. Denn anders ist die von der Fraktion der Arbeitsgemeinschaft des Staatsrats gestellte Anfrage nicht zu erklären, daß die preussische Regierung, nach den „Feststellungen“ im Fehrenbach-Prozess in München, bei der Reichsregierung ihren Einfluß geltend macht, auf daß der Reichskanzler das Ergebnis des Prozesses bei den Verhandlungen mit den Entente-Mächten ausgiebig verwertet. Das sollte gerade noch, daß der Reichskanzler die in München erzielte, wenn auch durch das Schöffengericht nicht anerkannte doppelte Durchführung der deutschen Diplomatie der Entente gegenüber verwertet. Ein Hohngelächter wäre der einzige Erfolg.

Sozialisierung des Wohnungswezens

Zum 1. internationalen Baugildentag.

In dem Bericht vom Verbandstag der Bauarbeiter in Leipzig teilen wir bereits mit, daß ein Baugewerksbund gegründet wurde, und daß im Anschluß an diese Tagung ein internationaler Baugildentag stattfinden sollte. Am 14. Mai trat im Volkshaus in Leipzig dieser internationale Baugildentag zusammen, an dem Vertreter sozialer Baubetriebe aus Oesterreich, Tschechien, Holland, Schweden und Vertreter von Bauarbeiterverbänden und Techniker-Gewerkschaften aus Frankreich, Belgien und aus Ungarn teilnahmen. Das Reichsarbeits- und Wohlfahrtsministerium waren ebenfalls durch Delegierte vertreten. Die Tagung wurde von Paepelow-Hamburg geleitet. Sie hatte den Zweck, Klarheit über den Stand der baugewerkschaftlichen Sozialisierung in den einzelnen Ländern zu gewinnen, die gemachten Erfahrungen auszu tauschen und einen internationalen Zusammenhalt der auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage tätigen Baubetriebe anzubahnen. Die Berichte aus den einzelnen Ländern waren außerordentlich interessant. Große Erfolge haben insbesondere die italienischen Bauproduktiv-Gewerkschaften aufzuweisen. Duaglio-Italien berichtete, daß in seiner Heimat dreihundert solcher Gewerkschaften bestehen, die rund 40 000 Arbeiter beschäftigen und die Aufträge seit Kriegsende für eine Milliarde Lire ausführen. In manchen Gebieten sind die Privatunternehmer fast angeschaltet worden. Diese Gewerkschaften werden bei allen öffentlichen Arbeiten bevorzugt. Außerdem haben ihnen öffentliche Kredite in größerem Umfang zur Verfügung. Die Gewerk-

schaften aber bringen das eigentliche Stammkapital auf, zu dem jedes Mitglied des italienischen Bauarbeiterverbandes jährlich 50 Lire Sozialisationsbeitrag zu zahlen hat. Diese sozialen Baubetriebe in Italien sind schon in der Lage, auch Arbeiten im Ausland (Nordfrankreich und dem Balkan) auszuführen. Aus Oesterreich berichtete Meißner-Wien, und aus der Tschechoslowakei Hausmann. Respektable Anfänge konnten auch aus diesen Ländern mitgeteilt werden.

Der Zweck der Zusammenkunft war, die Möglichkeit eines internationalen Zusammenschlusses für gegenseitigen Schutz und Hilfe zu erwägen. Dr. Wagner, der deutsche Vorkämpfer auf diesem Gebiete, trat für die Errichtung einer Zentralkommission zur Erforschung wirtschaftlicher Betriebsführung im Baugewerbe ein. Beschlossen wurde, die Geschäftsführung des Verbandes sozialer Baubetriebe in Deutschland zu beauftragen, die Vorarbeiten für diese Forderungen zu treffen und im kommenden Herbst einen neuen Baugildentag einzuberufen, der dann die nötigen Beschlüsse zu fassen hätte.

Da die Regierung in der Sozialisationsfrage total verregelt und der reaktionären Forderung zur Beseitigung der Sozialisationskommission sich nicht zugänglich zeigte, ist es von eminenter Bedeutung, daß die Sozialisierung des Bauwesens nun ernstlich und systematisch von den Gewerkschaften aufgenommen und gefördert wird. Wir hoffen, daß es in absehbarer Zeit den gemeinsamen Anstrengungen gelingt, auf diesem Gebiete Erfolge zu erzielen.

Justav von Noske

Ich lehne es ab, von der äußersten Linken Lehren darüber in Empfang zu nehmen, was ich als Oberpräsident und andererseits als früherer Angehöriger des Arbeiterbundes zu tun habe. Ich sehe hier nicht als sozialdemokratischer Parteimann, sondern als preussischer Beamter...

Noske auf dem hannoverschen Provinziallandtag

Justav, geht die Welt denn unter?
Es wird bunt und immer bunter:
Deine eigenen Genossen
Sind verärgert und verdrossen,
Haben (riecht du bald den Bimt?)
Feste gegen dich gestimmt.
Ja — es ist wahrhaftig stark —
Lump'ge fünfzehnhundert Mark
Haben sie dir nicht bewilligt,
Justav, dir nicht zugebilligt
Für die Technische Nothilfe!

Drauf sprachst du mit voller Lunge
Und mit elegantem Schwunge:
„Ihr Proleten, horcht mal her,
Arbeiter bin ich nicht mehr,
Bin Beamter, großes Tier,
Präsident — und was seid ihr?“ —
Und die bürgerlichen Herrn
Haben die Moneten gern,
Haben alles zugebilligt,
Dir den Draht sofort bewilligt
Für die Technische Nothilfe!

Singt

Petroleum-Fusion der Deutschen Bank

Zunehmend mehr wird das Finanzkapital zum Beherrscher der Produktion. Neuerdings ist die Deutsche Petroleum A. G. mit ihrem gesamten Aktienkapital zur Deutschen Bank übergegangen, die ihr gesamtes Kapital damit verdoppelte. Die Aktionärversammlung der Petroleumgesellschaft hat diese Fusion debattiert, gegen den Protest einiger Kleinaktionäre, genehmigt. Der Direktor Wankewitz bezeichnete die Fusion „als eine neue Form in der deutschen Bankgeschichte“.

Interessant ist folgende Berechnung des Direktor Strauß: Wenn jemand zum Friedenskurs von 110 v. H. eine Petroleumaktie hatte, und dazu im Jahre 1921 zwei junge à 200 bezog, so hat er jetzt drei Aktien, deren Wert sich rechnerisch nach dem Uebnahmekurs auf etwa 2600 bis 2700 v. H. stellt. Die drei Aktien haben also einen Wert von etwa 80 000 Mark, von dem nur die im Vorjahre gezahlten 4000 Papiermark abgehen, so daß also rund 76 000 Mark übrig bleiben, die dem einst dafür angelegten Goldmarkwert von 1100 Goldmark gegenüberstehen. Dieser Wert entspricht ungefähr dem Verhältnis zwischen der Gold- und Papiermark, so daß sich der alte Wert vollkommen erhalten hat.

Damit ist die Berlinlegende der deutschen Unternehmer gründlich widerlegt. Ihre Aktien sind Goldwerte, trotz der gemaltigen Inflation. Nur die Arbeitnehmer sind mit ihren Löhnen und Gehältern weit hinter den Wert der Goldmarklöhne aus der Vorkriegszeit zurückgeblieben.

Zur Begründung der Fusion der Petroleum A. G. mit der Deutschen Bank führte Direktor Strauß folgendes aus: „Die Deutsche Petroleum A. G. hätte ihr Ziel, im Auslande deutsche Unternehmungen zu eröffnen, nur unter der Bedingung weiter verfolgen können, wenn sie ansehnliche Summen ausländischer Gelder aufgebracht hätte. Die Wiedereröffnung einer Stelle in der Welt-petroleumindustrie ist zurzeit außerordentlich schwer infolge der politischen und Währungsverhältnisse und der zehnfachen Steigerung der Weltmarktpreise. Die Gesellschaft ist daher auf das Prinzip zurückgegangen, Aufgaben in kleinen Anfängen zu übernehmen und durch sorgfältige Arbeit groß zu machen.“

Die Fusion ist also zweifellos der Anfang des „Großmachens“. Sie dürfte mit dem deutsch-russischen Vertrag hinsichtlich der süd-russischen Petroleumfelder in Verbindung stehen.

Landarbeitsordnung und ausländische Arbeiter

Nach einer Mitteilung des Preussischen Pressebüros hat der Landwirtschaftsminister verfügt, daß die vorläufige Landarbeitsordnung vom 24. Januar 1919 auch auf ausländische Arbeiter Anwendung finden soll. Diese Verfügung stützt sich auf die Aufträge der Volksbeauftragten vom November 1918 zu dem neuen Arbeiterrecht, worin zwischen einheimischen und ausländischen Arbeitern kein Unterschied gemacht wurde, wie übrigens auch das Betriebsrätegesetz (§ 1) die Staatszugehörigkeit für den Begriff des Arbeitnehmers als unbedeutend bezeichnet.

Achtstundentag und Menschenökonomie

Von Alfred Fellisch, sachl. Wirtschaftsminister.

In Art. 7 der „Stöße“ beabsichtige unter obigem Titel der rechtssozialistische sachl. Wirtschaftsminister Fellisch eine dementsprechende Umbildung, in der er die Auffassung seiner Parteigenossen Kautsk, Schöpel, Lindemann usw. einer sachlichen Kritik unterzieht, über den Fehler aufweist und weit von jenen Leuten abtrifft, die für die „vorläufige Ausdehnung“ des Achtstundentages eintraten. Wir bringen hiermit einen Auszug obiger Arbeit zur Kenntnis unserer Leser.

Daß der lange Arbeitstag eine Mordtat an den Armen, den ständigen Krieg im Frieden auf dem Felde der Güterproduktion bedeutet, war jedem Sozialdemokraten früher eine Selbstverständlichkeit. Das kann auch heute noch nicht bestritten werden, nur nehmen manche Genossen darauf keine Rücksicht mehr. Volkswirtschaftliche Probleme werden auf die einfache Formel gebracht: Wir brauchen Waren, also Mehrarbeit! Man fragt nicht mehr: Was wird aus den arbeitenden Menschen? Nein, man „beweist“ wider mit, daß die achtstündige Arbeit unter heutigen Verhältnissen nicht genügt. Ich betrachte das als eine der tragischsten Erscheinungen in der Geschichte der deutschen Revolution und in ihrer unmittelbaren Folgezeit. Wie oberflächlich und leichtfertig die Befürworter der Wiederverlängerung der Arbeitszeit zu Werke gehen, geht daraus hervor, daß sie gar nicht daran denken, wie weit sich der alte Obrigkeitsstaat immerhin zu einem sozialen Volksstaate umgebildet hat oder wenigstens mehr und mehr dazu umgebildet werden soll! Wenn der Kapitalismus im alten Staate den Arbeiter durch allzu gewissenlose Ausbeutung frühzeitig dem Siedtum überlieferte, so war dann der körperlich und geistig ruinierte Arme seinem traurigen Schicksal überlassen, und außer der elenden Armenfürsorge hatte niemand ihn gegenüber eine rechtliche Verpflichtung. Weder Kapitalist noch Staat brauchten sich um ihn zu kümmern. Der neue Staat, dessen Ziel darauf gerichtet ist, soziale Fürsorgeeinrichtungen für arbeitsunfähig gewordene Menschen zu schaffen, der sich verpflichtet fühlt, auch dem verbrauchten Menschen ein erträgliches Dasein und einen ruhigen Lebensabend zu bereiten und der die zu diesem Zwecke erforderlichen sozialen Lasten zu tragen hat, muß sich leichtfertigen Raubzügen an Menschenkraft energisch widersetzen. Das traurige Schicksal unserer heutigen Arbeiterinvaliden redet doch wirklich eine gewaltige Sprache. In dem Maße, in dem sich der alte Obrigkeitsstaat zu einer sozialen Versicherungsgemeinschaft umwandelt, wechseln auch alle Werte, besonders auch der Wert der menschlichen Arbeitskraft, ein Wechsel, der fortan mehr gewürdigt werden muß. Im Sozialstaat, in dem die Gesamtheit für den arbeitsunfähig gewordenen Menschen verantwortlich ist, hört eine übertriebene Anspannung der menschlichen Arbeitskraft auf produktiv zu sein. Diese ebenso wichtige wie einfache Tatsache übersehen diejenigen Weisen unter den Sozialdemokraten vollständig, die von einer „vorläufigen Suspendierung“ des Achtstundentages reden oder gar davon faszeln, daß die Forderung des Achtstundentages „in maßvollerer Stimmung“ entstanden sei!

Dabei ist die Behauptung, die Güterproduktion Deutschlands leide so sehr unter dem Achtstundentag, nicht einmal richtig. Einsichtige Unternehmer hatten schon vor dem Kriege ausgeprochen, daß der Achtstundentag nicht nur möglich, sondern auch vorteilhaft für die Gütererzeugung sei. Und selbst heute, wo zwischen Kapital und Arbeit um den Achtstundentag so leidenschaftlich gekämpft wird, gibt es Unternehmer, die einen weit höheren Grad sozialer und volkswirtschaftlicher Einsicht bekunden, wie manche Sozialdemokraten! So hat z. B. der deutschnationale Fabrikdirektor und Stadtverordneter Burger im April dieses Jahres in einer Rede, die er im Chemnitzer Stadtparlament hielt, wörtlich folgendes gesagt:

„Man wirft dem Achtstundentag zu Unrecht mancherlei vor, u. a. auch, daß er an der Minderleistung der deutschen Produktion ausschließlich Schuld trage. Bei dem Unternehmen, dem ich vorstehe, hat der Achtstundentag eine Minderleistung nicht gebracht. Infolge der nicht aufgegebenen Akkordarbeit wird für eine Leistung, für die früher rund 100 Stunden ebenfalls im Akkord gebraucht wurden, jetzt nur noch etwa 80 Arbeitsstunden beansprucht. Diese Mehrleistung ist unter allen Umständen auf eine bessere Ausnutzung der Arbeitszeit zurückzuführen. Die zweckmäßige Verteilung der Arbeitszeit ist die Ursache, daß sich die Produktion bei meinem Unternehmen um rund 15 Prozent gesteigert hat. Der Achtstundentag muß überall dort eingeführt werden, wo es wirtschaftlich praktisch ist.“

Rein praktisch verhält es sich heute so, daß unter dem Achtstundentag die Güterproduktion Deutschlands gar nicht erheblich leidet. Aber selbst, wenn das der Fall wäre, so wäre noch immer die Frage zu beantworten, ob die Vernehmungen des Krieges vom deutschen Volke gutgemacht werden sollen auf Kosten des Profits der Unternehmer oder lediglich zu Lasten des Proletariats. Der Gedanke, daß das Beharren der Arbeiter auf einer verkürzten Arbeitszeit das Unternehmertum zwingt, durch Verbesserung der Technik und der Arbeitsmethoden die Produktivität zu erhöhen, scheint manchem Rechtssozialisten ganz entfallen zu sein. Diejenigen, die gemeinsam mit einem kurzfristigen Unternehmertum heute die Beseitigung des Achtstundentages verlangen, und diese Maßnahme mit Gegenwartsnotwendigkeiten zu beweisen versuchen, sollen vor allem nicht so naiv sein, zu glauben, man könnte den verlängerten Arbeitstag, wenn man ihn jetzt schaffen würde, auch wieder los werden, sobald es beliebt. Ist die Arbeiterklasse im Zeichen der Hochkonjunktur nicht imstande, diese wertvolle Kulturerrungenschaft zu erhalten, so würde sie diese erst recht im Zeitalter der herankommenden Krise aufgeben müssen. Wir würden dann vor der Katastrophe, daß die kurz- und zehnstündige Arbeitszeit zusammenfiel mit einer Wirtschaftskrise und der durch diese hervorgerufenen Massenarbeitslosigkeit. Dies wäre das tödliche Resultat einer Wirtschafts- und Sozialpolitik, an der Sozialdemokraten hervorragend mitgewirkt hätten.

Ob jene hier föhlich gekennzeichneten sozialdemokratischen „Gutachter“ sich nun veranlaßt sehen, umzulernen oder vielmehr Einiges hinaulernen, bevor sie wieder die Welt mit volkswirtschaftlichen Gutachten beglücken werden?